

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1921

176 (1.8.1921)

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 5.50 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 5.50 M; in der Geschäftsstelle und bei unsern Kreisräuber Abgaben abgeholt 5 M monatlich. — Einzelgenuss 25 P.

Die oberschlesische Frage

Weitere Verhandlungen zwischen Frankreich und England

Paris, 30. Juli. Gavas meldet: Briand hatte gestern abend eine Besprechung mit Lord Harding und teilte ihm den Standpunkt der französischen Regierung nach dem Empfang der englischen Antwort mit. Briand wird heute Lord Harding die Note überreichen, in der die verschiedenen Stufen der Unterhandlungen über die oberschlesische Frage nochmals wiedergegeben werden und worin eine Antwort auf die hauptsächlichsten Ausführungen der britischen Delegation gegeben wird. Dieser Rückblick auf die bisherigen Ereignisse erscheint jedoch ziemlich nebensächlich. Die Hauptsache ist die Frage: Welche Politik wird Frankreich und Großbritannien in der oberschlesischen Frage nunmehr einnehmen? Das eine ist doch wohl sicher, daß die beiden von der Notwendigkeit überzeugt sind, die Solidarität der Verbündeten auf engste zu wahren. Briand erklärte, nach dem Vorlaufe des Friedensvertrags könne die Entfaltung von Verhandlungen nicht erfolgen, wenn die Verhandlungsmächte sich nicht vorher verständigt hätten. Frankreich kann nicht zugeben, daß die Reichsregierung den Versuch macht, es auf diese Weise von seinen Verbündeten zu isolieren. Es ist dies eine Frage der nationalen Würde. Es ist daher unbedingt geboten, Deutschland einen neuen Beweis von der Einheit der französisch-englischen Haltung zu geben. Die vernünftige Maßnahme würde darin bestehen, daß noch vor Zusammenritt des Obersten Rates ein gemeinsamer Schritt in Berlin unternommen werden würde, durch den die Reichsregierung aufgefordert würde, jetzt schon die Maßnahmen zur Beförderung der französischen oder sonstigen Verbündeten als Verhandlungen für Oberschlesien zu ergreifen. Sodann würde der Oberste Rat in seiner ersten Sitzung diese Frage der Verhandlungen zuordnen, und erst nach Abschluß dieser Frage würde man in die eigentliche sachliche Verhandlung über die Teilung Oberschlesiens herantreten. Dieses Verfahren ist anscheinend auf beiden Seiten des Kanals angenommen worden.

Die Ententekonferenz am 8. August in Paris

Paris, 1. Aug. (Telunion). Die französische Regierung gibt amtlich bekannt, daß entsprechend ihrem

Auflösung der Kammer des Thüring. Landtags

Weimar, 30. Juli. In der heutigen Landtagssitzung ist der Antrag der Unabhängigen auf Auflösung des Landtags einstimmig angenommen worden. Ein Antrag der Reichsparteien, den Auflösungsantrag bis zum 30. August zu vertagen, um die Arbeiten des Unterausschusses in der Angelegenheit Müller-Brandenburg zum Abschluß zu bringen, wurde abgelehnt. Desgleichen ein Antrag der Demokraten, den Unterausschluß trotz der Auflösung des Landtags beizubehalten. Der Abstimmung ging eine große politische Aussprache voraus, in der über die Ursache und Notwendigkeit des Eintritts der Regierung und der Auflösung des Landtags von Vertretern aller Parteien nochmals Stellung genommen wurde. Ueber den Zeitpunkt der Neuwahlen ist noch nichts bekannt.

Kapp wieder in Deutschland?

Berlin, 1. Aug. Der „Welt am Montag“ wird mitgeteilt, daß der Urheber des Kapp-Putschs, Generalaustschußdirektor Kapp, wieder nach Deutschland zurückgekehrt sei und sich auf Schloss Eyba bei Saalfeld in Thüringen häuslich niedergelassen habe.

Trotzdem man in Deutschland nachgerade alles für möglich halten kann, wollen wir hinter die Meldung doch ein Fragezeichen machen bis sie bestätigt ist. Allerdings, wenn die sämtlichen Kappisten frei herumlaufen, warum soll der nach Schweden ausgewanderte Generalaustschuß es nicht auch wagen können, an den Schauplatz seiner verbrochenen Tätigkeit zurückzukehren. Zeichen der Zeit!

Ende des Straßburger Elektrizitätsstreiks

Strasbourg, 30. Juli. Am 27. Juli fanden in der Streitangelegenheit des Elektrizitätswerkes im Weissen von Vertretern der Stadtverwaltung, der Direktion des Elektrizitätswerkes, sowie von Arbeiter- und Beamtenvertretern des Werkes Verhandlungen statt. Danach entfällt der neue Lohnsatz eine Reduktion der Löhne um 15 Centimes die Stunde. Außerdem wird eine Rinderzulage von einem Franken je Kind und Arbeitslohn bewilligt. Jede der beiden Parteien hat vierteljährlich das Recht, wenn die Preise der allgemeinen Lebenshaltung um mindestens 10 Proz. fallen oder steigen, die Änderung der Löhne im gleichen Prozentsatz zu verlangen. Vor Entlassungen oder Bestrafung von Arbeitern muß der Arbeitsausschuß sofort benachrichtigt und auf dessen Rat gehört werden. Durch die Streikfrage darf den Arbeitern kein Lohnausfall entstehen. In ähnlichem Sinne wurden die Beamtenfragen geregelt. Nach einer nochmaligen Verhandlung mit dem Schiedsrichter wurde eine Einigung erzielt und die Arbeit am Donnerstag morgen wieder aufgenommen.

Die Münzfälschungen Frauendorfers

München, 30. Juli. Zum Falle der Münzfälschungen teilt die Staatsanwaltschaft mit, daß der verurteilte

Vorschlag die englische Regierung beschloß, den englischen Botschafter in Berlin aufzufordern, gemeinsam mit dem italienischen und französischen Botschafter ein Kollektivemarch bei der deutschen Regierung zu unternehmen. In dem Sinne, daß der Wilhelmstraße mitgeteilt wird, sich bereit zu halten, um mit allen zu Gebote stehenden Mitteln den Truppentransport durch Deutschland, welchen die Lage in Oberschlesien zu dieser Zeit erforderlich mache, zu erleichtern. Die französische Regierung gibt ferner amtlich bekannt, daß die Ententekonferenz am 8. August beginnen soll, also am 4 Tage verziehen ist, und zwar mit Rücksicht auf die italienischen Mitglieder, die infolge des Parlamentseschlusses nicht feierlich kommen können. Lord George, so heißt es in dem amtlichen Communiqué weiter, wird an der Konferenz in Paris teilnehmen. Als Ort der Ententekonferenz ist Paris bestimmt worden. Dieser Schritt soll erst heute stattfinden.

London, 30. Juli. Nach der „Westminster Gazette“ erfolgte auf die britische Note an Frankreich eine Vereinbarung zwischen beiden Regierungen, die amtlich als durchaus betrieblich für beide Teile erklärt wurde. Lord Curzon wird am 3. August nach Paris reisen. Pilsour wird ihm beistehen. Auch die Anwesenheit Lord Georges gilt als nicht ausgeschlossen.

Zunehmende Unsicherheit

Das „Berliner Tageblatt“ meldet das weitere Umsichgreifen des Bandenunwesens in Oberschlesien. Des Dorf Reich im Kreise Kalibor wurde in der Nacht zum Freitag von einer hiesigen polnischen Bande angegriffen. Besonders in Kreise Pleß ist die Lage außerordentlich unsicher und bedrohlich. Die Abwanderung der deutschen Bevölkerung aus dem Kreise Pleß infolge des polnischen Terrors unermindert an, da die französische Besatzungsbehörde nichts zum Schutz der Deutschen unternimmt.

Ein Hilferuf der schlesischen Gewerkschaften

Berlin, 30. Juli. Die schlesischen freien Gewerkschaften rufen an die Reichsregierungen in Berlin einen Aufruf zur Unterstützung des oberschlesischen Volkswortes. Der Aufruf weilt auf die bittere Not hin, die besonders unter den deutschen Arbeitern in Oberschlesien herrsche.

Staatssekretär Frauendorfer seit vielen Jahren von Medaillen und Abzeichen besetzt und daß er dabei ein Verfahren anwendet, das die Herstellung der Abzeichen in der Größe der Originale ermöglicht. Gerade hierdurch sind die Fälschungen der Abzeichen erschwert. Es steht weiter fest, daß aus dem Besitze Frauendorfers Nachahmungen seltener alter Medaillen als echte Stücke in den Verkehr kamen. Für einen Teil davon läßt sich schon jetzt nachweisen, daß Stücke gleicher Art im Auftrage Frauendorfers nachgegossen und zirkuliert worden sind.

Besserung der Finanzlage in Italien?

Rom, 30. Juli. Eine halbamtliche Mitteilung besagt, daß das Finanzprofil des Schatzministers die Besserung der Finanzlage feststellt. Das Defizit ist von 10 auf 4,5 Milliarden, der Notenumsatz von 9 auf 5 Milliarden zurückgegangen. Im kommenden Verwaltungsjahr wird, dank neuer Steuern und bedeutender Ersparung der Staatshaushalt keinen Fehlbetrag ausweisen.

Polen erhält deutsche Kriegsschiffe

Danzig, 30. Juli. Von den an Frankreich und England ausgeliehenen deutschen Kriegsschiffen kommt der kleine Kreuzer „Danzig“ und sechs kleine Torpedoboote B 103, A 59, A 54, A 68, A 69 und A 80 an Polen, die den Stamm der zu bildenden polnischen Kriegsflotte bilden sollen. Die Schiffe sind, nachdem sie in England repariert und umgebaut worden sind, in die Ostsee gelassen und haben in Danzig Station genommen. Sie führen jetzt reichspolnische Namen.

Internationaler Boykott

Basel, 30. Juli. Der Internationale Gewerkschaftsbund — Sitz Amsterdam — hat über die großen schweizerischen Schokoladenfirmen Peter Cailler und Kohler den internationalen Boykott verhängt wegen fortwährender Unterdrückung der gewerkschaftlichen Bestrebungen.

Erörterungen über die Abrüstung

Washington, 30. Juli. Staatssekretär Hughes erörterte mit dem britischen und japanischen Botschafter und dem italienischen Geschäftsträger die Zeit für den Beginn der Abrüstungskonferenz. Großbritannien bevorzugt ein Datum nach dem 11. Nov., Frankreich scheut den Beginn am Ende des Jahres, Japan betont, daß die Wahl eines baldigen Zeitpunktes seinen Interessen nachteilig wäre.

Rußland läßt die amerikanischen Gefangenen frei

Moskau, 30. Juli. Associated Press. Die Sowjetregierung hat die Bedingungen des Handelssekretär Hoover angenommen und vorerst die in Rußland gefangen gehaltenen amerikanischen Bürger freigelassen. Als erste der freigelassenen traf gestern Frau Harrison, eine bekannte amerikanische Journalistin in Begleitung des Senators France hier ein. Frau Harrison und Senator France werden auf ihrer Heimreise Berlin besuchen.

Wenn die Entscheidung fällt

Trotz aller Kreuz- und Querstränge der französischen Diplomatie ist es nun wahrscheinlich, daß im Laufe des August die Entscheidung über Oberschlesien fallen wird. Seit zwei Jahren hat es für die Welt und besonders für Deutschland eine oberschlesische Frage gegeben, die nach der Entscheidung nicht mehr bestehen wird. So wird es Zeit, sich allmählich an das, was danach kommen dürfte, in Gedanken zu gewöhnen.

Die Entscheidung über Oberschlesien wird von Mächten gefällt, die vor drei Jahren unsere bittersten Feinde waren, und die auch heute noch keineswegs unsere Freunde sind. Sie wird sicherlich nicht im Sinne der deutschen Forderung nach einem ungeteilten deutschen Oberschlesien ausfallen. Ein kleineres oder größeres Stück des Landes wird den Polen zugesprochen werden. Das erste, was wir danach zu erwarten haben, wird ein wütender Ansturm der nationalistischen Reaktion gegen das Kabinett Wirth sein. Die Presse der Rechten wird erklären, daß nunmehr das Fiasko jener Politik offenkundig sei, die mit der Annahme des Ultimatums begonnen wurde. Demgegenüber ist jetzt schon zu sagen, daß der Ausfall der Entscheidung über Oberschlesien, welcher er immer sein mag, für das Kabinett Wirth kein Anlaß sein darf, zurückzutreten, und daß man sich durch das Gejäre der reaktionären Kriemhildern keinen Augenblick einschüchtern lassen darf.

Selbst wenn die Entscheidung ganz unerwartet ungünstig ausfiele, dürfte das Kabinett Wirth es auf keinen Fall so machen, wie das Kabinett Fejzenbad-Simons, das den Kopf verlor und die Flucht ergriff. Die Regierung Wirth muß unter allen Umständen, auch unter den schlimmsten, so lange bleiben, bis der Reichstag gesprochen hat.

Die Entscheidung der Alliierten über Oberschlesien ist endgültig. Die Polen denken daran, sie mit Gewalt zu forcieren, wenn sie ihnen nicht gefällt. Deutschland wird also wohl oder übel genötigt sein, mit den geringen Mitteln, die der Friedensvertrag ihm läßt, das ihm zugesprochene Land in Verteidigungszustand zu versetzen. Daß es den Polen gelingen könnte, ein Stück des Landes, das Deutschland zugesprochen wird, gewalttätig an sich zu reißen, ist in höchstem Grade unwahrscheinlich. Noch größer aber ist die Unwahrscheinlichkeit nach der anderen Seite. Nur Kinder, die Soldat spielen wollen und die keine Ahnung von den gegebenen Kräfteverhältnissen haben, könnten glauben, daß Deutschland mit Gewalt behalten könnte, was ihm durch den gemeinsamen Spruch der alliierten Mächte abgeprochen worden ist. Jeder Versuch eines bewaffneten Widerstandes gegen die Entscheidung des Obersten Rates bliebe ein ganz nutzloses, in seinen Folgen für Deutschland verhängnisvolles Unterfangen.

Nach Artikel 90 des Friedensvertrages muß Polen in den nächsten 15 Jahren die Bergwerksprodukte des ihm zuerkannten Teils von Oberschlesien zur Ausfuhr nach Deutschland zulassen, es darf diese Ausfuhr nicht beschränken, keine Gebühr auf sie erheben und muß alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, damit Deutschland diese Produkte unter ebenso günstigen Bedingungen erwerben könne, wie Polen selbst. Für die deutsche Wirtschaft ist es von großer Wichtigkeit, daß diese Bestimmung des Friedensvertrages loyal gehandhabt wird, dazu werden jedenfalls besondere Abmachungen mit Polen notwendig sein. Der Schaden, den das deutsche Wirtschaftsleben erleiden wird, läßt sich auf diese Weise zum mindesten etwas abschwächen. Es bleibt aber die von den Alliierten verurteilte Minderung der deutschen Steuerkraft und überhaupt der deutschen Leistungsfähigkeit, und darauf wird in nachdrücklicher Weise aufmerksam gemacht werden müssen. Deutschland muß trotz alledem der Politik der ehrlichen Erfüllung treu bleiben, aber wenn sich über kurz oder lang herausstellen sollte, daß die an Deutschland gestellten Forderungen seine Kräfte übersteigen, so ist es gut, jetzt schon festzustellen, daß durch den Verlust eines Teiles von Oberschlesien nach dem Willen der Alliierten selbst die Leistungsfähigkeit Deutschlands weiter geschmälert wird.

Mit der Entscheidung über Oberschlesien kann die Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen in einen neuen Abschnitt eintreten. Der Kampf um Oberschlesien mußte diese Beziehungen vergiften und die Vergiftung ist von einer kurzfristigen französischen Militärpolitik gefördert worden, die sich diebisch freut, wenn Deutschland und Polen wie Hund und Katze zueinander stehen. Die dauernde Spannung der beiderseitigen Beziehungen, hervorgerufen durch eine ständige nationalistische Verhetzung, ist aber ein Kurus, den sich die beiden Länder nicht werden gelassen dürfen. Sie sind Nachbarn und wirtschaftlich aufeinander angewiesen. Wir brauchen polnische Agrarprodukte, und Polen braucht unsere Industrieprodukte. Schon jetzt ist in Polen die Ueberzeugung stark, daß dem Elend der dortigen Wirtschaft nur durch ein enges Zusammenarbeiten mit Deutschland gesteuert werden kann. Auch die Wirtschaft Deutschlands, namentlich des deutschen Ostens, kann durch rege Wirtschaftsbeziehungen zu Polen nur gewinnen.

Eine Politik der Unversöhnlichkeit und der Rerendita könnte wohl Polen Verlegenheiten schaffen, aber sie würde Deutschland selber nur schaden und die Lage der deutschen Minderheiten in der polnischen Republik verschlechtern.

Seite 4
Kuch & G
Vorfahrung
u. Kind
weizer
ren-
-Mehl
ctina-
ermehl
aus:
Wegen-
Bollmilch
o Zucker
im brutto
50
uch & G
te
reise
bel
ung
schaft
n. d. H.
22
157.
- 6 Uhr.
gen.
g.
n Oker-
verfahrung
sofort
geben, von
Zucker her-
1727
gen.
ben ca.
hfeld (frü-
der Sub-
1728
Juli 1921
gen.
- 12 Uhr
lischl. z.
ie Kartens-
genahme
den Um-
arten in
artenaus-
aten, die
bzuholen.
1728
adt
bin glanz

... dies rund um die Frage der Volksgefundheit bedeutet. Die Zahnbehandlung sei für das ganze Volk eine Notwendigkeit geworden. An kleineren Klagen könne aber kein Zahnarzt sich niederlassen. Die geprüften Dentisten in der Lage, diese Aufgaben zu erfüllen. Die Krankenkassen haben ebenfalls festgelegt, daß das Vertrauen der Versicherten zu den Dentisten ein anderes ist als zu den Zahnärzten. Das beweise, daß in erster Linie die technischen Fähigkeiten ausschlaggebend seien. Wenn demnach das durch obgenannte Verordnung vorgeschriebene theoretische Wissen bei den Zahnärztinnen hinzukommt, so sei das ein Fortschritt, der nur begrüßt werden könne. Auch ein Zentrumszahnarztprober in gleichem Sinne.

Der Ausschuss beschließt, über das Gesetz der Zahnärztinnen zur Tagesordnung überzugehen; das Gesetz des Dentistenverbandes ist dadurch erledigt.

Wir meinen, wenn im neuen Volksstaat der Grundgesetz nachgehend sein soll: Freie Bahn dem Tüchtigen dann darf es auch im Zahnbehandlungsgewerbe nicht darauf ankommen, ob akademische Vorbildung vorhanden ist oder nicht. Es kann der Zahnarzt ein zuverlässiger Mann sein, aber auch der Dentist kann sein Gewerbe in durchaus zufriedenstellender Weise betreiben. Die Attende gegen die „nichtstudierten“ Dentisten, welche die Zahnärzte unternehmen, hat deshalb auch im Landtagsauschuss keinen Erfolg gehabt.

Der Termin der Landtagswahlen

Wählt auf dem ursprünglich angelegten Tag, den 30. Oktober, bestehen. Die Verlängerung des Landtags vom 15. bis 30. Oktober wird durch ein Gesetz möglich sein. Eine Volksabstimmung ist dazu nicht notwendig. Es bleibt somit beim 30. Oktober als Wahltermin.

Zulassung von Frauen zu den juristischen Prüfungen. Das Justizministerium hat seinen Erlaß über die Zulassung weiblicher Personen zu den juristischen Prüfungen, so wie zum Vorbereitungsdienst bei Justizbehörden und Rechtsanwaltschaft herausgegeben. Nach diesem Erlaß finden die Vorprüfungen über die juristischen Prüfungen, sowie über den Vorbereitungsdienst der Referendare bei Justizbehörden und Rechtsanwaltschaft in Baden auch auf Personen weiblichen Geschlechts Anwendung. Zur selbständigen Wahrnehmung der Dienstgeschäfte eines Richters, Notars, Grundbuchbeamten, Staatsanwalts dürfen Personen weiblichen Geschlechts nicht bestellt werden. Dagegen können sie während des Vorbereitungsdienstes bei Gerichten mit der einseitigen Wahrnehmung von Dienstgeschäften des Gerichtsschreibers betraut werden.

Aus der Partei

Die Arbeiterjugend in Piefelsfeld

Piefelsfeld, 30. Juli. Zum sozialistischen Jugendtag sind hier aus allen Teilen Deutschlands und aus dem Ausland Tausende von Teilnehmern eingetroffen. Die offiziellen Veranstaltungen wurden gestern nachmittag durch eine Reichstagsfeier der Jungsozialisten eingeleitet und heute fortgesetzt und beendet. Den Hauptteil der Verhandlungen der Konferenz nahm eine ausgedehnte Diskussion über Wesen und Ziel der jungsozialistischen Bewegung ein. Die Tendenzen der Hamburger und anderer Gruppen, die eine Überwindung der einseitig wirtschaftlichen Einstellung der alten sozialdemokratischen Partei durch Betonung der Notwendigkeit einer ideologischen Kulturpolitik und auf diesem Wege eine Erneuerung des Geistes der sozialistischen Partei erstreben, stießen auf den Widerspruch anderer Gruppen, die in erster Linie den Zusammenhang der jungsozialistischen Bewegung mit der Partei und die Unterordnung unter sie vertreten. Beide Richtungen legten ihre Auffassungen in Resolutionsform nieder. Schließlich wurde aber ein von dem Vorsitzenden Heinrich Schulz vorgelegter Kompromißantrag angenommen, der die Zugehörigkeit aller Delegierten zur sozialdemokratischen Partei ausspricht, im übrigen aber den kulturellen Bestrebungen der Hamburger und der ihnen nahe liegenden Gruppen freie Bahn öffnet. Gegen diesen Antrag stimmten nur 8 Delegierte, die eine schärfere Betonung der Einseitigkeit von Sozialdemokratie und jungsozialistischer Bewegung verlangt hatten. Demgegenüber verlor der zum Beschluß erhabene Antrag den ausgesprochenen Zweck, eine Überwindung der Einseitigkeit durch die andere zu vermeiden, die deshalb als nicht angezeigt erschien, weil sich die ganze Bewegung noch in einem Zustande der Wägen befindet, und eine vollkommene Klärung über das, was werden soll, noch nicht erreicht ist. (Frankf. Ztg.)

Gemeindepolitik
Neuordnung der Gemeindeordnung im Freistaate Sachsen

Der Entwurf eines Gesetzes für die Gemeindeordnung und Bezirksverwaltung im Freistaate Sachsen ist schon fertig gestellt und zur Begutachtung dem Ministerium, dem sächsischen Landtag und den andern in Frage kommenden Interessenten zugestellt worden. Er soll noch im Herbst dem Landtage vorgelegt werden. Das neue Gesetz stellt eine Vereinfachung der Rechtsquellen auf kommunalem Gebiete dar und gewährt der Selbstverwaltung den weitesten Spielraum. Der Entwurf beschäftigt die Amtshauptmannschaften auf kommunaler Ebene. Die Amtshauptmannschaft gleicht etwa dem Bezirksamt. Neben dem „A.“ durch den Ausbau der Selbstverwaltung der Gemeinden und Verbände werden künftig eine Reihe von Aufgaben der bisherigen Aufsichtorgane wegfallen. Künftig soll jeder stimmungsberechtigten Einwohner Bürger sein, ein besonderes Bürgerrecht also weder erworben noch verliert werden können. In jeder Gemeinde soll nur ein Gemeinderat sein, der aus wahlberechtigten und unbesoldeten Mitgliedern besteht und vom Bürgermeister geleitet wird. Jedoch will der Entwurf, daß der Bürgermeister nicht allmächtig, sondern nur ausführendes Mitglied des Gemeinderates sein soll. Für die Gemeindewahl ist die einheitliche Wahl im ganzen Lande an einem Tage mit unmittelbarer anschließender Wahl des Bezirksrats vorgesehen. Der Gemeinderat soll auf drei Jahre gewählt werden. Der Bürgermeister und die besoldeten Gemeinderatsmitglieder werden auf sechs Jahre gewählt. Künftig sollen Gemeinderatsmitglieder wegen Änderungen in den Sitzungen freizuschickend nicht mehr zur Verantwortung gezogen werden können. Der Gemeinderat leitet seine Aufgabe mit den Ausschüssen. In diesen soll die Bevölkerung in weitestem Maße zur Mitarbeit an den Aufgaben der Gemeinde herangezogen werden. Der Bürgermeister wird vom Gemeinderat gewählt. Drei Monate nach seinem Amtsantritt müssen sich auch die Bürgermeister zur Neuwahl stellen. Die bisherigen Bezirke der Amtshauptmannschaften werden beibehalten, aber die Amtshauptmannschaften hören auf, als staatliche Behörden zu existieren. Die der Bürgermeister, so muß sich auch der Amtshauptmann zur Wahl stellen. An Stelle der bisherigen Bezirksversammlung tritt der Bezirksrat, dem der Amtshauptmann vorsteht. An Stelle des Bezirksausschusses treten drei Ausschüsse, ein Verfassungsk-, ein Verwaltungsg- und

ein Wohlfahrtsausschuss, denen alle Ortsgerichte, Haushaltspläne usw. vorgelegt werden müssen. Ein Bestätigungsrecht der Beamten soll es in Zukunft nicht mehr geben, wohl aber die Möglichkeit, säumige Gemeinden zur Pflichterfüllung zu bringen. Die Auflösung eines Gemeinderats soll dem Ministerium vorbehalten bleiben, während der Bezirksrat nur durch Landtagesecht aufgelöst werden kann. Die Vereinfachung von Rittersgütern soll in Zukunft mit der Gemeinde erfolgen, mit der sie hauptsächlich durch die Wohnstätte und Betriebsräume verbunden sind. Mit diesen Neuerungen will der Entwurf eine völlige Neuordnung der Selbstverwaltung auf der breiten Grundlage der Selbstbestimmung der Gemeinden und ihrer Verbände erreichen.

Badischer Städteverband

Der Vorstand des badischen Städteverbandes hat am 25. Juli in Freiburg eine Sitzung abgehalten. Aus der Tagesordnung seien folgende Angelegenheiten hervorzuheben: Die Ausstellung und der Austausch der Quittungsscheine für die Invalidenversicherung erfolgte z. B. durch die Städte, wie in anderen deutschen Ländern muß zur Entlastung der Städte verlangt werden, daß diese Arbeit künftig den Krankenkassen übertragen wird. — Nach dem Entwurf einer neuen Gemeindeordnung kann die Gemeindebildung, die die Gehalts- und Anteilungsverhältnisse der Gemeindebeamten regelt, durch Anrufung der Schlichtungsausschüsse angefochten werden. Es ist notwendig, daß für diese Anrufung eine bestimmte Frist gesetzt wird. Die Aufnahme einer entsprechenden Bestimmung in das Gesetz soll beantragt werden. Ferner muß eine andere Zusammenfassung der Schlichtungsausschüsse angestrebt werden. — Im Jahre 1914 ist ein badisches Gesetz zur Durchführung des politischen Arbeitszwangs erlassen worden. Das Gesetz kam aber infolge des Krieges nicht zur Durchführung. Bei den heutigen Verhältnissen wird der Ertrag einer Vollzugsverordnung zu diesem Gesetz nunmehr für dringend notwendig erachtet. — Die Heranziehung von Unterhaltspflichtigen zu den Kosten der öffentlichen Armenpflege ist nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen zur Zeit nur möglich im ordentlichen Gerichtsverfahren. Es erscheint geboten, eine Änderung der Armenpflegeordnung in dem Sinn herbeizuführen, daß wie in Preußen und Bayern die Heranziehung der Unterhaltspflichtigen im sogenannten rechtsstaatlichen Verfahren, also unter Vermittelung des langwierigen gerichtlichen Verfahrens durchgeführt werden kann. — Eine Gemeindebefreiung auf Wanderlager und Hausierhandel, neben der bestehenden Staatssteuer, soll angefragt werden, auch aus dem Grunde, um dem Heberhandnehmen des Wanderlageres und Hausierhandels vorzubeugen. — Der Gründung einer Darlehenskasse für die Gemeindebeamten nach den Vorschlägen des Gemeindebeamtenverbandes wird zugestimmt. Die Kasse hat den Zweck, den Beamten namentlich zur Deckung der Einkäufe für den Winter Vorschüsse zu gewähren. — Zur Behebung der Wohnungsnot ist es dringend erforderlich, daß Reich und Staat zur Unterbringung ihrer Beamten in großzügiger Weise selbst neuen Wohnraum erstellen. Es ist nicht anzunehmen, daß die von den Gemeinden mit erheblichen Aufschüssen errichteten Wohnbauten auch von den Reichs- und Landesbeamten weiterhin in Anspruch genommen werden.

Feldberg, 29. Juli. Obgleich sich bei der hiesigen Abstimmung über die Frage des getrennten und ungetrennten Unterrichts an der hiesigen Volksschule eine sehr große Mehrheit der Eltern und Lehrerschaft für den ungetrennten Unterricht ausgesprochen hatte, teilte das Unterrichtsministerium dem Stadtrat mit, es könne nicht an ungetrennten Unterricht festhalten, sondern müsse es dabei belassen, daß jetzt wieder Vor- und Nachmittagsunterricht stattfindet. (Anspal. Ztg.)

Das Ortlassenverzeichnis für Baden

Von A. Weismann, Mitglied des badischen Landtags. Vor einigen Tagen ging eine kurze Notiz durch die Presse, daß das Finanzministerium der Reichsregierung vorschläge, mehrere badische Städte und Gemeinden in die Ortlasse A zu versetzen; bis jetzt befand sich nur Mannheim in dieser Ortlasse. Diese Notiz ist richtig; aber sie ist unvollständig. Denn die genannten Vorschläge, welche das Finanzministerium dem Haushaltsausschuss des badischen Landtags vor kurzem unterbreitete, beziehen sich nicht nur auf die Ortlasse A, sondern ebenso auf B, C und D. Sie werden der Öffentlichkeit unterbreitet, wenn der Landtag in der ersten Augustwoche in einer Plenarsitzung zu den noch ständig einfließenden Eingaben und Zuschriften, welche das neue Ortlassenverzeichnis betreffen, Stellung nimmt und sie vor den Landtagsferien zu erledigen sucht. Im allgemeinen ist die vorzunehmende oder vorgenommene Einreihung einer Stadt oder einer Gemeinde in eine höhere Ortlasse von großer Bedeutung für den staatlichen, städtischen und gemeindlichen Beamten. Nach der Ortlasse richtet sich der Steuerungsbeitrag, den er zu seinem durch die Befolungsordnung festgesetzten Gehalt bekommt. Nach der Ortlasse richtet sich aber auch die Anreizgröße und dadurch wird sein Gesamteinkommen in sehr hohem Maße von der Einreihung des Ortes, in welchem er wohnt oder seinen Dienstort hat, beeinflusst. Es ist deshalb erklärlich, wenn in der gegenwärtigen Steuerungszeit die etwa 16000 Beamten des badischen Staates großes Gewicht auf die „richtige“ Einreihung in das Ortlassenverzeichnis legen und die Parlamente mit entsprechenden Gesuchen bombardieren.

Aber nicht nur der Beamte ist daran stark interessiert, sondern auch der im Staatsdienst befindliche Angestellte, der staatliche Arbeiter, ferner die Pensionäre und Militärenten, nicht minder aber auch die Kriegsgeldbesitzer und Erwerbslosen einer jeden Stadt, denn letzten Endes richtet sich auch nach der Art der Einreihung der in Frage kommenden Stadt oder Gemeinde die Höhe des zu empfangenden Geldetrags. So steht dem Reichstag in seiner Septembertagung, falls bis dahin die entsprechenden Beschlüsse des Reichsrats und des sog. 3. Ausschusses vorliegen, eine große Aufgabe bevor. Wohl gemerkt, dem Reichstage, nicht dem Landtage. Dieser ist lediglich der Briefträger für alle die das künftige Ortlassenverzeichnis betreffenden Beschlüsse. Er kann sie nur, und zwar mit seiner Macht zu Ende. Es ist deshalb falsch, dem badischen Landtag oder die badische Regierung oder eine bestimmte Partei in Baden für das künftige Ortlassenverzeichnis verantwortlich zu machen, der Schwerpunkt der Angelegenheit liegt beim Reichstage resp. bei seinen Ausschüssen.

Nun soll das endgültige Ortlassenverzeichnis am 1. Oktober ds. Js. fertig sein; das hat der Reichstag, als er im Juni die Ortlassenfrage kurz behandelte, ohne Annäherung beschlossen. Wird das möglich sein? Bedenkt man die vielen Tausende von Städten und Gemeinden des deutschen Reiches, erwidert man die statistischen Vorarbeiten, die doch nun einmal nötig sind, wenn man die Einreihung einer Stadt oder Gemeinde auf die maßgebenden Steuerungsstellen will, stellt man ganz objektiv fest, daß eigentlich fast jede Stadt oder Gemeinde sich als den „äußersten Ort Deutschlands“ betrachtet; dann vermag man die ungeheuren Schwierigkeiten zu erkennen, welche sich einer völlig zureichenden Einreihung in das Ortlassenverzeichnis entgegenstellen. Die Herausfindung einer Befolungsordnung ist schwer, noch schwerer aber die Aufstellung eines Ortlassenverzeichnisses, welches einigermaßen den tatsächlichen Steuerungsverhältnissen in den einzelnen deutschen Ländern entspricht. Denn die Kriegss- und Zwangswirtschaft hat die

Sachlage zwischen großen und kleinen Städten und Gemeinden verschoben. Es kann die Steuerung in manchen mittleren oder kleineren Orten größer sein, wie in der erstbesten Großstadt, und deswegen befinden sich auch in dem vom Reichstag genehmigten Ortlassenverzeichnis nicht nur die größten Städte Deutschlands, sondern ebenso kleine Gemeinden, die vielleicht im besetzten Gebiet oder in Ostpreußen liegen, in Ortlasse A. Hier heißt es abwägen, um das Richtige zu treffen; aber gerade dieser Umstand macht die Fertigstellung eines gerechten Ortlassenverzeichnisses, wie schon bemerkt, überaus schwer.

Der Streit ist auch heiß entbrannt um die Zahl der Ortlassen. Der badische Finanzminister hat sich jüngst im Landtag für drei Ortlassen ausgesprochen, die sozialdemokratische Fraktion hat sich im Haushaltsausschuss auf den gleichen Standpunkt gestellt, ebenso unsere im Reichstag sitzenden Genossen und auch die sozialdem. Fraktion der preussischen Landesversammlung. Allein sowohl die preussische Staatsregierung, wie die Reichsregierung erklären, daß man in Deutschland unbedingt, wollte man den Steuerungsunterschieden in den früheren Bundesstaaten gerecht werden, fünf Ortlassen brauche. Zudem kosteten drei Ortlassen etwa 1200000 M mehr und das Reich könne dies bei der bekannten miserablen Finanzlage zurzeit einfach nicht leisten. Man kann sich über diesen Standpunkt auseinandersetzen und ihn für berechtigt halten, aber mit 5 Ortlassen hat man in der nächsten Zeit nun einmal zu rechnen.

Die Entscheidung soll nun Ende August in Berlin fallen. Die Reichsregierung hat die offiziellen Ländervertreter, sowie die beruflichen Beamten, Angestellten- und Arbeiter-Organisationen auf diesen Termin nach dort geladen, um die endgültige Zusammenstellung des Ortlassenverzeichnisses vorzubereiten. Denn, wie schon bemerkt, ab 1. Oktober soll es Gesetz werden. Einzelne Länder wollen nun durch ihre Parlamente noch ein übriges tun; so hat man in Preußen und Sachsen, so weit bis jetzt Beschlüsse vorliegen, beschlossen, auch Abgeordnete der Länder zu dieser erwähnten Zusammenkunft zu delegieren. Der Haushaltsausschuss des badischen Landtags, der die Ortlassenfrage erst jüngst ebenfalls wieder behandelt hat, ist darüber noch nicht schlüssig geworden, aber zweifellos legt auch der badische Landtag das größte Gewicht darauf, daß ein Ortlassenverzeichnis zustande kommt, welches den Steuerungs- und sonstigen Verhältnissen in Baden, das zudem jetzt auch Grenzland ist, einigermaßen gerecht wird. Ob dieses Ziel erreicht wird? Man kann und muß von der Regierung und vom Landtag verlangen, daß sie bei der Schaffung des neuen Ortlassenverzeichnisses in weitestem Maße ihre Pflicht tun, aber letzten Endes entscheidet man in Berlin und nicht in Karlsruhe.

An die sozialdemokratische Landtagsfraktion sind auch einige Petitionen von Arbeiter-Organisationen, darunter des Verbandes des deutschen Verlethespersonals, Gau Baden, gelangt. Es wird darauf hingewiesen, daß früher für die Staatsarbeiter in Baden nur 3 Ortlassen bestanden, die Verlethespersonals in ihnen 5 Klassen gebracht. An sich belägen ja für die Beamten und für die Arbeiter verschiedene Ortlassen. Deswegen sind in dem vorliegenden Ortlassenverzeichnis für die Beamten etwa 140 Eisenbahnstationen niedriger eingestuft, als dies in der Ortlasseneinteilung der Arbeiter der Fall ist. Nur neun Stationen sind für die Beamten höher eingestuft als wie in Eisenbahnlohnartik. Es muß hier ein Ausgleich gesucht und gefunden werden. Natürlich dürfen die Arbeiter in das Ortlassenverzeichnis nicht schlechter eingestuft sein, wie die Beamten. Aus diesem Anlaß richtete ein sozialdemokratischer Abgeordneter im Haushaltsausschuss des badischen Landtags an den Finanzminister eine diesbezügliche Anfrage. Er antwortete, daß diese Angelegenheit bei dem Abschluß des neuen Lohnartikels für die Staatsarbeiter geregelt werden müsse. Selbstverständlich seien die Arbeiter auszuweisen an das Ortlassenverzeichnis der Beamten. — Dieser Antrag ist auch die sozialdemokratische Fraktion; die Arbeiter dürfen keine Verschlechterung durch das neue Ortlassenverzeichnis erleiden.

Alles in allem darf gesagt werden, daß es nach meiner Auffassung noch jahrelanger Arbeit bedarf, um ein einigermaßen gerechtes Ortlassenverzeichnis für Beamte und Arbeiter herzustellen. Unermüdlich müssen deren Organisationen tätig sein, um das nötige einwandfreie Zahlenmaterial über die Steuerung in den einzelnen Orten und Gemeinden zu liefern. Was an der Sozialdemokratie liegt, so wird sie wohl im badischen Landtag, wie im deutschen Reichstag, bereit sein, auch auf diesem Wege zur Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter und der Beamten nach Kräften beizutragen.

Die Brandkatastrophe in Löffingen

Löffingen, 30. Juli. Einem anschaulichen Bericht von dem außerordentlich schweren Brandunglück, das das Städtchen Löffingen heimlich suchte, finden wir im „Echo vom Hochsitz“, dem wir folgendes entnehmen: Vom sogenannten „Mailänder-Tor“ auf der Westseite des Städtchens zog sich ein einziges riesiges Feuermeer über das „Mailänder-Tor“ hinaus gegen den Alsenberg. Überall waren die Leute tätig, um wenigstens einen färglichen Rest der einstigen Habe zu retten oder anderen zu helfen. Doch dem Wüten des Feuers gegenüber schienen diese Tätigkeit kaum schnell genug. Wurden doch die aus den zum Teil brennenden Häusern geretteten Stücke vom Hausrat, die man abseits in die Gärten gelegt hatte, selbst dort ein Raub der Flammen! Einer der am meisten bedrohten Punkte war das Postamt unten im Städtchen, wo denn auch sofort die meisten der neu ankommenden Wehren eingesetzt wurden. Dort ihrer rastlos, nicht ablassenden Tätigkeit gelang es, nachdem in der Marktsprache der Papierfabrik Neustadt ein mächtiger Helfer zur Stelle war, hier nach 5 Uhr wenigstens des Feuers Herr zu werden und so Postamt, Rathaus und nächste Umgebung zu bewahren. Die Rettungsarbeiten waren durch den immer fühlbarer werdenden Wassermangel sehr erschwert, schließlich mußte man nur noch mit Jauche das Riesenfeuer bekämpfen. Der Alsenberg war besonders infolge Flugfeuer gefährdet. Erst gegen 6 Uhr abends gelang es allmählich, über die Stätte des Grauens einen Ueberblick zu erhaschen. Etwa 200 Personen sind obdachlos geworden. Der Gesamtschaden an Gebäuden und Fahrnissen dürfte schätzungsweise etwa 20 Millionen betragen. — Wie gemeldet, ergriffen leider gewissenlose Subjekte die Gelegenheit, die armen Opfer des Unglücks noch dessen zu berauben, was ihnen geblieben war. Einer oder zwei, die bei ihrer schmutzigen Tätigkeit ergriffen wurden, erhielten gleich die wohlverdiente Tracht Prügel. Ergreifende Szenen spielten sich unter den von dem Unglück Betroffenen ab.

Das Staatsministerium hat der Gemeinde Löffingen durch ein Telegramm des Staatspräsidenten die herzlichste Teilnahme zu dem Brandunglück auszusprechen lassen. Minister Kemmerle wird an Ort und Stelle die für die erste Hilfeleistung notwendigen Maßnahmen treffen.

Die Jureise zum Brandplatz in Löffingen ist nach einer Mitteilung des Bezirksamts Neustadt bis auf weiteres verboten. — Die Ausfuhr von Vieh aus Löffingen ist verboten.

Hautröte sowie alle Arten von Hautunreinigkeiten, Hautausschlägen, wie Blühchen, Mitesser, Finnen, Pickeln, Pusteln etc. verschw. durch Ugl. Gebrauch d. echten **Kreuzerpfand-Feerschwefel-Seife** von Bergmann & Co., Radebeul. u. Ueberall zu haben.

Aus der Stadt

Geschichtskalender

1. August. 1291 Gründung der Schweizerischen Eidgenossenschaft. 1914 Beginn des Weltkrieges. 1919 Zusammenbruch der ungarischen Sozialregierung.

Der Banauß im Magauer Rheinbad

Der „Badische Beobachter“, der sich in früheren Jahren schon ruhmvolle Lorbeeren im Kampfe gegen die Nymphen im Erprinzenpark, gegen die nackte Stephanie auf dem Ludwigsplatz, gegen die beiden Duden an der Goethe-Schule, sowie gegen die nach seiner Meinung zu mageren Frauen gehalten im Gießfeld des Kongresshauses geholt hat, wartet seinen Lesern mit neuen ganz erschütternden Feststellungen über den Niedergang von Anstand und Sitten auf, denen er eine Vierteljahr seines kostbaren Raumes widmete. Man stelle sich vor: Tausende von Menschen schau vor der allerbunden Sonnenhitze und haben außer dem üblichen Badelohm weder Kos und Besse noch Waße und Jaleit an. In diesem geradezu skandalösen Zustand baden, wie der „Beobachter“ der aufgeschreckten Leserschaft mitteilt, im Familienbad Männlein und Weiblein, Groß und Klein, Bekannt und Unbekannt durcheinander und nebeneinander. Manche Badegäste sollen auch coram publico Närrigkeiten austauschen und im Badelohm „Schieber“ tanzen, so daß viele Badegäste von dem Treiben abgestoßen, lieber auf das Baden verzichten — selbst mit dem Abonnement in der Tasche. Das ist kurz zusammengefaßt der Kern der erlenlangen Kommentierung des „Beobachters“ über das Familienbad.

Im Anschluß hieran weiß das Blatt noch weiter zu berichten, daß junge Durschen nur mit einer Turnhose kelleidet dem Ballspott huldigen und Schulbuben mit nachtem Oberkörper auf die Straße gehen. Auch die Damenwelt bekommt ein Teil ab, die ihr Fleisch wie „im Rehgeladen“ zur Schau trägt. Zustände, die nach der Meinung des Artiklers dem christlichen Sittengesetz unabweisbar — darum auch die Erscheinungen des Verfalls, des Untergangs unserer Kultur! Zum Schluß wird der Stadtrat angerufen, der sich in die Zustände hineinlegen soll und es geht nur noch die Fürtüte nach Pech und Schwefel, um das sündige Sodoma und Gomoraß mit Stumpf und Stiel zu vernichten.

Ganz so schlimm ist jedoch die Sache noch unserer und auch anderer Leute Meinung nicht. Im Familien- und Sonnenbad geschieht nichts, was einen normal empfindenden Menschen verlegen könnte. Wir haben im Gegenteil die Beobachtung gemacht, daß von der überzogenen Mehrzahl der Badenden Sittlichkeit und Anstand durchaus gewahrt wird, ist doch jeder Einzelne händig unter Kontrolle und geradezu gezwungen sich anständig anzuführen. Es geschieht nirgends weniger Anstößiges als gerade an solchen Orten. Der „Beobachter“ leistet mit seiner heuchlerischen Moralpredigt allern Spekulationen geradezu Vorschub. Wenn der Redaktionsbanauß des „Beobachters“ keine badenden Menschen oder nur mit der Hufe belaidete kleine Duden sehen kann, ohne aus dem sittlichen Gleichgewicht zu kommen, so soll er ruhig auf seine Abonnementkarte verzichten und dem Bad fernbleiben. Er mag dan in majorem dei gloriam mit seinen Winterhosen herumlaufen, so lange er will; man acht darüber und badet ruhig weiter. Auch die Duden haben ganz recht, wenn sie bei der Hitze barfuß und in der Hufe sich herumtummeln, es ist praktisch und gesund.

Obituarier

Die aus Bühl berichtete „ird. ist der Obdruher bereits im schönsten Gange. Schon langsam beginnt die Frühjahrsgerichte. Für Bübler Bollwetschgen sind laut „Ader- und Bübler Bote“ gestern 250 M bezahlt worden. Für Stimmerfrühwetschgen 3 M. Heute soll die Breite auf 3,20 bis 3,50 M (!) gestiegen sein. Für Birnen wurden bezahlt 1,60 und 1,80 M, für Äpfel 1,60, Pfäumen 2 M, Pfirsiche jeder Qualität 3 M, 4 M, sogar 4,50 M. Wenn man diese Zahlen liest, muß man neugierig sein auf die Breite, die in der Stadt für Obst verlangt werden. Es handelt sich allerdings zunächst um Frühobst. Die Breite müssen aber stark zurückgehen, wenn die allgemeine Bevölkerung zu Obst kommen soll. Solche Preise können nur Schieber und Wucherer bezahlen.

Das proletarische Kleinkind

Neue Feststellungen haben ergeben, daß es in Deutschland heute sechs Millionen fürsorgebedürftige Kleinkinder gibt. Das Kleinkinderalter weist die höchste Krankheitsziffer auf. 96 Prozent aller Todesfälle an Mäxer und 97 Prozent aller Todesfälle an Säuglingen entfallen auf die ersten 5 Lebensjahre. Auch unter der Maschitis hat das Kleinkind heute wie nie zuvor zu leiden. Eine weitere besondere Gefahr sind die Nachkrankheiten der Infektionskrankheiten (Augen- und Ohrenleiden). Und auch die Zahl der Unfälle, die das Kindesalter erleidet, ist gestiegen, weil immer noch viel zu sehr Mann und Frau arbeiten müssen und die Kinder sich selbst überlassen bleiben. Dazu kommt das Hauptproblem der gesundheitlichen Kleinkinderfürsorge, der Kampf gegen die Tuberkulose, da in mehr als der Hälfte der Fälle die Ansteckung mit dem Tuberkelbazillus vor dem Eintritt in das schulpflichtige Alter erfolgt.

Es ist bedauerlich, daß bei solchen Tatsachen das statistische Erfassen der Verhältnisse des Kleinkinderalters noch so im Argen liegt, daß ein genauer Lesebericht und ein tiefes Erkennen der Zusammenhänge nicht möglich ist. Immerhin lassen uns die Zahlen, die vorhanden sind, die große Bedeutung erkennen, die einem weiteren Ausbau der Kleinkinderfürsorge zukommt. Sechs Millionen fürsorgebedürftiger Kleinkinder! Diese Zahl spricht wahrlich eine beredte Sprache. Sie zeigt uns das soziale Elend in seiner ganzen Größe und die völlige Mangelhaftigkeit unserer heutigen Kleinkinderfürsorge. Es ist unsere Aufgabe, unter ganzem Augenmerk auf dieses Problem zu richten, da von dessen Lösung zum guten Teile die gesunde Entwicklung unseres Volkes und die Zukunft abhängt.

Kinderkommission. Die Bezirksleiterinnen treffen sich zwecks wichtiger Besprechung heute Montag abend 8 Uhr bei Genossin Fischer, Morgenstraße 24, 2. Et.

Für die Kinderkommission sind weiter eingegangen: Dr. Stullmann 100 M, Transportarbeiter-Verband 100 M, Krull 20 M, Köpper 20 M, Hipp 20 M, Ungenannt 1 M, Zeiler 5 M, Pfeiser 1 M, Rarcker 2 M, Böhringer 10 M, Winter 10 M, Fischer 20 M, Ungenannt 10 M, Philipp 20 M, Sigmund 20 M, Schwall 10 M, Sauer 20 M, Frau Fischer 20 M, Bech 5 M, Verband der Wäcker 123 M, Verband der Deutschen Buchbruder 50 M, Verband der Bauarbeiter 200 M, Verband der Fabrikarbeiter 100 M, Verband der Lithographen und Steinbruder 25 M, Brauerei Moninger 200 M, Firma Leichter 20 M, Verbandsbesitzer Knopf 200 M, Ungenannt 200 M, Firma Wucherer 30 M, Gen. Klaus 10 M, Horter 10 M, Rüdert 10 M, Marum 100 M, Weismann 15 M, Frau Zeiler 5 M. Allen Verbern herzlicher Dank.

J. A.: Fr. Stoll, Rudolfstraße 24.

Deutscher Metallarbeiterverband (Ordnungsverwaltung Karlsruhe). Bei der Bekanntgabe des Wahlresultats in unserm An-

erat am Samstag ist bei der Unterzeichnung des Wahlkomitees der Name Schulenburg aus Versehen hinzugefügt.

Die neuen Postkarten werden nicht mehr von der Reichsdruckerei in Berlin, sondern in München gedruckt. Die ersten neuen Postkarten sollen in diesen Tagen versandbereit sein. Es sind solche zu 30 und 40 Pf. Sie haben aber nicht mehr das Bild wie die Briefmarken, sondern das eines reisenden Postillons. Der Himmel ist mit strahlender Sonne erfüllt; auf ihm ist groß, nicht stilisiert die Berggipfel angebracht. Unten zeigt ein Band nur die Inschrift: „Deutsches Reich“. Von den neuen Marken gibt es aber zunächst nur wenige, da die großen Vorräte an Karten mit dem Germanienbild aufgebraucht werden.

Die Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen hielt im Reichstag ihre erste Jahresversammlung ab. Aus allen Teilen des Reiches waren Teilnehmer erschienen. Zuerst wurden zehn Kriegervetern für den Verwaltungsrat und acht Mitglieder für das Präsidium gewählt, unter letzteren ebenfalls drei Kriegervetern. Die Haupttätigkeit der Nationalstiftung liegt bei deren Landes-, Provinzial- und Ortsausschüssen, die fast überall nach Errichtung der amtlichen und Hauptfürsorgestellen mit diesen auf das engste verbunden sind. Durch die Landesauschüsse wurden im Jahre 1920 rund 71 Millionen M. Unterstühtungen ausbezahlt.

Fürsorge in individuellster Weise will die Nationalstiftung betreiben — sie soll die Mittel des Reiches ergänzen, nicht ersetzen. Sie tritt ein für den allgemeinen Lebensunterhalt, bei Schulbildung, zahlt Beihilfen zu Geschäftsbetrieben, Ausbildung der Waisen, Umzug und Gesundheitsfürsorge. Sie hat bis jetzt 42 Millionen Mark hierfür ausgegeben. Neue Mittel sind dringend erforderlich. Die mit der Nationalstiftung verbundene Kruppstiftung hat unendlich segensreich gewirkt. Das Präsidium ließ sich außerdem eine ausgedehnte, planmäßige Gesundheitsfürsorge für die Kriegervetern angelegen sein, und es wurde über eine Million Mark für die Errichtung von Kriegervetern auf die See und aufs Land verausgabt. Es wurde beschlossen, 5 Proz. des Kapitals zu verteilen. — Ein Vortrag des Staatssekretärs Dr. Schöner, München, über die bisherigen und zukünftigen Aufgaben der Nationalstiftung und des Landrats Dr. Jung-Richter über die Zusammenfassung der Landes- und Provinzialauschüsse der Nationalstiftung mit den Fürsorgestellen schloß sich den geschäftlichen Verhandlungen an.

Karlsruher Wuchergericht. Vor dem Wuchergericht hatte sich der Kaufmann Friedrich Busch aus Lu. a. M. wegen unerlaubten Handels, Preistreibern und Kettenhandels zu verantworten. Busch hatte im Jahre 1919 ohne bezirksamtliche Genehmigung Holzgeschäfte abgeschlossen, bei denen er 20 bis 40 Prozent Gewinn einstrich und das Geschäftsgeld durch als Kettenhandel bezeichnet, weil die Ware während des Handels in Ketten in die Hände der Käufer überging, und Kettenhandel in zwei Fällen zu einer Geldstrafe von 6000 M oder 1 Jahr Gefängnis und Ablieferung der übermäßigen Gewinne.

Verbot der Tiere! Die in der Gegend herrschende große Hitze macht es uns zur Pflicht, der armen Tiere in besonderer Weise durch Vermeidung eines frühen Trunkes sehr große Mühe machen. Aber auch allen Tierbesitzern ist dringend anzuraten, für das Wohlbefinden unserer treuen Haus- und Hoftiere zu sorgen. Man solle dafür, daß allenthalben Gefährte oder sonstige Wesen bereit liegen, damit den Tieren jederzeit Wasser zum Trinken zur Verfügung steht. In unserer Stadt sind dergleichen Stellen vorhanden, die dies mit geringster Mühe besorgt zu sein.

Der Kohlweißling. Der Schädling Kohlweißling gaukelt wieder in unseren Gärten von einem Gemüßbeet zum anderen und sehr seine Eier ab. Jeder Gartenbesitzer weiß, welches Unheil der Schmetterling mit diesem Geschäft anrichten kann, wenn man nicht rechtzeitig gegen die Gefahr ankämpft, indem man die Pflanzen besonders auf der Blattunterseite abtutet und die Eier zerdrückt. Diese Vertilgung ist leichter auszuführen und weitaus erfolgreicher als die Vertilgung der ausgewachsenen Raupe. Rinderhäute können dabei erfolgreich helfen. Wer die Vertilgung vermag, hat in seinem Gemüßgarten den größten Schaden, denn die Raupe ist äußerst gefräßig und in wenigen Tagen hat sie die Kohlblätter bis auf die Rippen vertilgt.

Ernennungen der Technischen Hochschule. Die Technische Hochschule Karlsruhe hat dem Vorstandsmittglied der Fakultät Dr. phil. Karl Kretzler in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste um den Ausbau der Lehranstalt-Industrie, insbesondere durch maßgebende Anwendung wissenschaftlicher Grundsätze auf technisch-wirtschaftliche Betriebe die Ehrenwürde eines Doktor-Ingenieurs ehrenhalber verliehen.

Den Verkehr mit Brennholz betr. Mit einer neuerdings erschienenen Verordnung des Ministeriums des Innern ist der bisher bestehende Genehmigungszwang für den Brennholzverkauf beseitigt worden.

Sängerausflug. Von günstigem Wetter begleitet, machte der Männergesangsverein Karlsruhe vergangenes Sonntag unter zahlreicher Beteiligung der aktiven und passiven Mitglieder seinen diesjährigen Sängerausflug nach Guggenau. Von Ruppelheim aus begann die Fußwanderung nach Horst, dann ging es durch den schönen Schwarzwald nach Eberbach. Um 1 Uhr trafen die Sänger in Guggenau ein, wo sich in der Sambrunnhölle der Gemerbesangsverein Guggenau zahlreich zur Begrüßung eingefunden hatte. Es folgten Vorträge von Chören, die ein Zeugnis hervorragender künstlerischer Arbeit beider Vereine gaben. So schloßen die Stunden schnell dahin, bis die modernen Guggenauer ihre Gäste an die Toren geleiteten. Jedem Teilnehmer dürften die schönen frohen Stunden noch lange in Erinnerung sein.

Café Odeon. Bekten Samstag nachmittag wurde das weit über die Stadt hinaus bekannte Café Odeon, das zwecks Reuherichtung einige Wochen geschlossen war, seiner Bestimmung übergeben. Der Besitzer Herr Vorherrs hatte die Freundlichkeit der Vertreter der Presse, sowie einen beschränkten Kreis anderer an der umfangreichen Arbeit interessierter Personen am vormittag zu einer Besichtigung einzuladen. Das früher etwas dunkel und ernst wirkende Lokal ist durch die Reuherichtung in einen hellen freundlichen, zum Verweilen einladenden Raum verwandelt worden. Diese schwierige Aufgabe, in den an sich wenig guten Räumen eine gemütliche Rauminnang zu erzeugen, hat die Firma Karl u. Emil Lacroix in musterbildender Weise gelöst. Die Wandflächen des unteren Raumes sind durch Wälder aus Kieferholz gezieret. Derselben sind von kunstvoller August Gebhard und Helmut Schradt gemalt und stellen die vier Tageszeiten in Halbfiguren, außerdem auf die letzte Kunst passende Allegorien dar, von S. Eichardt, während August Gebhard Motive aus Alt-Karlsruhe verwendet, mit figürlichen Szenen aus der Kolosse- und Vöbelerzeit. Ein Rundgang durch die groß eingerichtete Konditorei und die Kellerräume gab einen Einblick hinter die Kulissen eines gut und sauber geführten soliden Geschäftes, das bei diesem Umfange Erfahrung und Organisationsvermögen erfordert. Bei einem anschließenden kleinen Imbiß dankte Herr Vorherrs für das seinem Unternehmen entgegengebrachte Interesse und fand auch warme anerkennende Worte für die treue Mitarbeit seines gesamten Personals. Die Reuherichtung führt dem Café Odeon den ersten Platz unter den Karlsruher Cafés wohl auf lange hinaus.

Stadtgartenkonzert. Am Dienstag abend veranstaltete der Musikverein „Harmonie“ im Stadtpark einen Richard Wagnerabend. Das Programm enthielt Werke Richard Wagners, die wie die „Lohengrin“-Ouvertüre, die höchsten Anforderungen an die Leistungsfähigkeit eines Orchesters stellen. Das Programm bietet dem Konzertpublikum höhere künstlerische Genüsse.

Sommernachtsfest. Das Sommernachtsfest, das am Samstag abend im Stadtpark abgehalten wurde, erfreute sich eines sehr starken Besuches. Die Feuerwehrrapelle unter Leitung Schottes Leitung, veranstaltete in Verbindung mit dem Männergesangsverein „Concordia“ ein ausgezeichnetes Doppelspektakel, das in jeder Hinsicht befriedigte. Die „Concordia“ stellte einen gutgeschulten Chor von 200 Sängern auf die Bühne, der eine Anzahl Lieder über zum Vortrag brachte. Auch das übrige Teil des Programms: Serenade auf dem See, bengalische Beleuchtung der Anlagen und des Sees war fesselnd arrangiert. Der See mit den lampenbesetzten Booten und der Illusionen Beleuchtung bot in der Abendstimmung einen prächtigen Anblick und die kühlende Abendluft bot jedem Besucher Erholung.

Brandstaden. Das städtische Motorboot im Rheinbad ist am gestrigen Sonntag vollständig ausgebrannt. Der Schaden ist groß.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 1. August 1921

Großer Druck herrscht nach wie vor die Witterung Mittel- und Westeuropas. Tiefdruckgebiete ziehen weit im Nordwesten herüber. Die Trockenheit dauert daher an. — Voraussichtliche Witterung bis Dienstag, 2. August abends: Heiter, trocken, sehr warm.

Aus dem Lande

Malsch, 29. Juli. In den wenigen Leuten, die bei dieser gegenwärtigen tropischen Hitze und der schrecklichen Dürre nicht zu kagen haben, denen die Net vielmehr zugute kommt, gehören unser drei hiesigen Metzgermeister. Schunungelnd gehen Metzger von Karlsruhe und Malsch durch die Straßen und bieten dem Viehhändler, der durch das Ausbleiben des Futters gezwungen ist, zu verkaufen, auf das Pfund Lebensgewicht 4 M, ja wenn es einmal ein ausnahmsweise schönes Stück ist, 5 M. Die Metzger Metzger kaufen, wie bekannt, immer geringere Qualitäten und verlangen aber für das Rindfleisch, das von einem oft sechs- und mehrjährigen Rind herkommt, für das Pfund 11 M. Die Preisprüfungskommission schlägt! Die Arbeiter von Malsch sind genötigt, zur Selbsthilfe zu greifen, sie müssen ihr Fleisch soweit es möglich ist, von der Stadt mitnehmen. Dort bekommen sie die Qualität, die sie sonst in Malsch bekommen, das Pfund 3-4 M billiger. — Allerdings, manches wäre hier auch besser, wenn die Arbeiterschaft einiger wäre, wenn sie sich ihrer Lage mehr bemußt würde und im Zusammenhänge zu einer freien Organisation den Kampf gegen die Ausbeutung und die Mißstände aufnehmen würde. Aber hier liegt doch noch vieles im Argen. Solange die Gleichgültigkeit und der Stumpfsinn herrschen, wird es nicht vorwärts gehen. Hinein in die sozialdemokratische Partei und in jeder Familie das Parteiblatt, dann wird es auch hier anders werden.

Geiselsberg, 31. Juli. Schwere Unglücksfälle. Am Donnerstag abend wurde der Möbelspeicher Süttinger von seinem schweren Kasten überfahren, so daß er an beiden Oberextremitäten eine Quetschung erlitt. Süttinger sprang von dem Wagen ab, als die Reite des Kastens und die Bremse versagte, um zu verhindern, im hinteren Anhängewagen zu bremsen. Er geriet dabei zu Fall und kam unter das Auto zu liegen. — In Weibingen brachte ein Arbeiter den Arm in den Kolbendreher der Nagelfabrik. Er wurde mit schweren Verletzungen in das Krankenhaus verbracht.

Mannheim, 30. Juli. Brand der Riedbahnbrücke. Durch Funkenflug einer Lokomotive geriet der Holzbelag der Riedbahnbrücke in Brand. Durch starken Wind begünstigt griff das Feuer um sich und richtete auf einer Strecke von 85 Metern bedeutenden Schaden an. Der angerichtete Schaden beträgt etwa 180 000 M. Die Rettungskräfte der Bahn und der Volk sind unterbrochen. — Unter der Leitung von Dr. 54 Jahre alte Kaufmann Heinrich Schnitzer ist nach Unterzöfingen von 66 000 M aus der Kasse der ehemaligen Kriegsteilnehmer stiftung gebildet. — Selbstmord. In der Nähe des Weidbaches der Amicitia hat sich gestern Mittag ein ca. 40 Jahre alter unbekannter Mann zwei Revolverkugeln in die Schläfen beigebracht. Der Schwerverletzte starb nachmittags im Krankenhaus. — Erschossen. Zwischen dem Friseur Karl Burek und dem im gleichen Hause wohnenden Kammerbater H. Geisler kam es gestern abend zu einem Streit, in dessen Verlauf Geisler mit einem gestrichelten Messer auf Burek einbrachten wollte. Letzterer gab daraufhin einen scharfen Revolvererschuß ab, der den Heimgang lebensgefährlich verletzete. Er starb kurz darauf im Krankenhaus. Burek wurde verhaftet.

Mannheim, 30. Juli. Eine außerordentliche Generalversammlung der Oberbertheligen Eisenbahngesellschaft, in der das gesamte Aktienkapital von 10 Millionen Mark betreten war, hat einstimmig den Verkauf der U.E.S. an die Stadt Mannheim gutgeheißen. Da die Gesellschaft keine Bahnen mehr betreibt, wurde die Firma in „Kraffwerk Rheinlan“ geändert.

Reudensau, 31. Juli. Hirschschlag. Infolge der drückenden Hitze erlitt die 33 Jahre alte Schwester des hiesigen Pfarrers Drehter, Karoline Drehter, auf dem Felde einen Hirschschlag, der den Tod zur Folge hatte. — In Krauthelm wurde der auf dem Felde arbeitende Michael Vatterer aus Altkrauthelm von einem Hirschschlag getroffen, dem er erlegen ist.

Ruit, 30. Juli. In Ruit bei Dretten ereignete sich ein schwerer Unglücksfall, indem der 29jährige Bahnarbeiter Hüßle mit dem Fahrrad an die Drehschleife fuhr und infolge eines Sturzes einen schweren Schädelbruch erlitt. Wenige Stunden später verstarb er; er hinterläßt eine Witwe.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Gehausentode. Karl Hoff von Zell-Weierbach, Elektriker hier, mit Elsa Herrmann von hier. Edward Karl von Strümpfelbrunn Hausmeister hier, mit Klara Friedrich von hier. Willi Reiber von hier, Postbeamter hier, mit Elsa Lanf von Weierbach. Ludwig Bernward von Leinach, Wäcker hier, mit Germaine Dietrich von hier. Gottlieb Garimann von hier, Kaufmann hier, mit Luise Henninger von hier.

Gehausentode. Karl Franz von Cubitzheim, Gewerbelehrer in Durach, mit Frieda Dorjan von Friedrichsdorf. Friedrich Ray von hier, Hauptlehrer hier, mit Luise Wetz von hier. Dr. Ludwig Geiger von Weidenhof, pr. Arzt, in Vellheim, mit Luana Felder von Würzburg. Friedrich Geiger von Weidenhof, Telegraph. Lehr hier, mit Pauline Renner von Ludwigsbühl. Emil Siegrist von hier, Kaufm. hier, mit Paula Sang von hier. Friedrich Garbin von Weiden, Feuermeister hier, mit Wilhelmine Adam von Ruppelheim. Otto Hummel von Karan, Sparkass.-Beamter hier, mit Margaretha Dadsel von Weiden. Karl Martin von hier, Verm.-Sekr. hier, mit Josephine Müller von Mülheim. Wilhelm Wadon von Gollm. Friedr. Wadon, in Frankfurt, mit Josephine Wadon von hier.

Fußball... ein... dem... halbes... Laxe... erziel... gefast... einen... Stad... bad... darau... witer... schaf... 3:1.

Entsch... tag, 31. J... B-Klasse... Spiel... wurde... hoch 120, d... wurde.

36. R... Wie an... der feinen... Teil der... Ausdehnb... gatta, mit... (Sport)erin... daß der M... Dies ist n... sondern au... größten L... grüßen. J... die rege V... eine aus... firsheim... technische... musterfüllt... schiedenst... auch am Le... auf zue... mit 60 B... haben auch... Kraft denn... Den U... fiegreich... Ludwigsg... „Bormars... im Spiege... 50. Sieg... ger, währe... in dieser K...

Stor... nachmitta... reite r... einen Sch... i. M... Ausfichten... gültige... nen mit... folgt ne... vorigen J... „guie“ Do... „Schiede... her haben... Som... 500 000 M... det. Raut... her als w... Fingewei... den und... volle Del... und als F... sches Del... See ford... eines St... aus Stei...

Rach... Jahr 1920... dem Jahre... beurlaubt... schäften, f... Fällen 62... gen im J... weichen u... Ausrichtu... Beschäftig... ziele belie... ficherung... gemendet... stand er M... mit rund... halt und... Feuerber... zu leiten... jugendliche... mögen ha... betragt 3...

Die Pa... 5. R... (Hweigeri...)

Jugend * Wandern * Spiel * Sport

Der Sport am gestrigen Sonntag Arbeiter-Turn- und Sportbund

Fußball. Grünwettersbach I : Grödingen I 5:3 (0:3). — Ein schönes flottes Spiel trugen die beiden Mannschaften auf dem Platz in Grünwettersbach aus. Grödingen spielte vor der Halbzeit überlegen, so daß die Mannschaft in dieser Zeit drei Tore erzielen konnte. Nach Halbzeit wurde das Spiel etwas lebhafter und Grünwettersbach sah sich besser im Sturm, durch einen Straßstoß konnte Grünwettersbach das erste Tor erzielen, bald darauf konnte Grünwettersbach in gleichen Abständen noch vier weitere Tore erzielen, so daß das Spiel zugunsten Grünwettersbach 5:3 endete. — Grünwettersbach II : II. Mannschaft 3:1.

Entscheidungs-Spiel im Fußball der Klasse B. Am Sonntag, 31. Juli, fand in Eittingen das Entscheidungsspiel der B-Klasse zwischen Eittingen und Untergrombach statt. Das Spiel wurde bei sehr prächtigen Sportwetter ausgetragen; es wurde ein hohes Resultat erzielt: Eittingen 134, Untergrombach 120, das beste Resultat, das in den Serien-Spielen erzielt wurde.

36. Regatta des Süddeutschen Ruderverbandes in Mannheim

Wie auf allen Regatten des Süddeutschen Ruderverbandes, der seinen Sitz in Frankfurt a. M. hat und dem der größte Teil derjenigen Rudervereine umfaßt, die nicht dem Deutschen Ruderverband angehören, so konnte man auch auf der 36. Regatta, mit deren Durchführung der frühere Mannheimer Wasser-sportverein „Vorwärts“ betraut war, die Feststellung machen, daß der Ruderport immer mehr ein Volkssport wird. Dies ist nicht nur im Interesse dieses gesunden Freizeitsports, sondern auch in dem der dem Süddeutschen Ruderverbande zum größten Teile angeschlossenen handarbeitenden Stände zu begrüßen. Für die Vollständigkeit des Ruderports zeugte auch die rege Beteiligung der Mannheimer Regatta seitens der Vereine aus Gießen, Mainz, Frankfurt, Offenbach, Mühlheim, Flörsheim, Fachsenheim, Mannheim und Ludwigshafen. Die technische Vorbereitung und Durchführung der Regatta war musterhaft. Trotz der anderslautenden Prognosen der verschieblichsten Landeswetterwarten zielt das günstige Ruderwetter auch am letzten Juliwochen noch an, so daß der Besuch ein durchaus zufriedenstellender war. Zu 16 Mannen hatten 69 Vereine mit 69 Booten und 397 Ruderern gemeldet und mit 3 Ausnahmen auch die Rennungen aufrecht erhalten. Man sah allenthalben guten Sport, wenn auch mancherorts mehr Wert auf Kraft denn Technik gelegt zu werden scheint.

Den Anführer bildeten die Frankfurter Borussia gegen die Mannschaften von Offenbach, Mannheim und Ludwigshafen. Der Arbeiter-Ruder- und Schwimmverein „Vorwärts“ Offenbach errang im Meisterchaftsboot und der im Spitzboot sitzende F. Schaub auf Nr. 6 damit seinen 50. Sieg. Im Juniorboot wurde der Mainzer Gewinner Sieger, während die im Gast- und Juniorboot, die dieses Jahr in dieser Klasse unbesiegt gebliebenen Flörsheimer weitere Siege

errangen. Im Jungmannboot fiel die Siegespalme dem Mannheimer „Vorwärts“ zu, während dessen Schüler den Flörsheimern unterlagen. Im Zweiten Seniorboot errangen drei technisch gut durchgebildete Mannschaften die Kräfte, von denen sich Wasserportverein Ludwigshafen den Mannheimer und Offenbacher Vorwärtsern überlegen zeigte. Nur mit knappen Vorsprung lief im Juniorboot die Gießener Gassia vor den Frankfurter Borussia ein. Der Frankfurter Alemannenfussler Schärer wurde mit den Redakteurschaftslehren im Seniorboot geschickt. Spannend gestaltete sich der Zweite Seniorboot, in dem sich „Gassia“ Gießen von der „Frankfurter Alemannia“ im Endkampf überprüften ließen. Einen überlegenen Sieg hatten die Jungmannen der Mühlheimer „Adine“ gegen den Mannheimer „Vorwärts“ zu verzeichnen. Im Holzbooter wickelte sich die beiden Offenbacher Vereine „Germania“ und „Vorwärts“, wobei ersterer Sieger blieb. Den Preis des Dritten Seniorbootes konnten wieder die Flörsheimer mit nach Hause nehmen. Im Großen Achter, dem Schlussschiff, verurteilte die Frankfurter Borussia eine Kollision und wurde aus dem Wettbewerb. Aus dem zweiten Kampf ging der Offenbacher „Vorwärts“ als Sieger hervor. — Vor der Preisverteilung wurde der Sieg im ersten Seniorboot, da das Rennen bei der Kur vor dem Mannheimer Wasserportverein „Vorwärts“ aus gesprochen.

Kreis-, Turn- und Sportfest in Durlach am 6., 7. und 8. August

Turn- und Sportgenossen! Rüstet zu Eurer Herrschaft! Sie muß ein Ehrentag in der Geschichte des 19. Kreises des Arbeiter-Turn- und Sportbundes werden!

Partei- und Gewerkschaftsmitglied! Freunde vernünftiger Lebensführung! Bedenkt das Fest in Durlach, die Arbeiter-Turner und Sportler haben es verdient! Macht das Fest zu dem Euren!

Fußballer und Kreisfest

Wie aus dem Festprogramm zu ersehen ist, finden zum Kreisfest auch Fußballspiele statt.

Es spielen: Samstag, 6. August, nachmittags 6 Uhr, Gruppe Karlsruhe — Gruppe Pforzheim. Gr. Karlsruhe in folgender Aufstellung: Tor: Schmidt, Hagsfeld, Wurm, Hagsfeld; Verteidiger: Wurm, Hagsfeld, Segler, Karlsruhe; Käufer: Stern, Karlsruhe, Wöhlmann, Karlsruhe und Kasper, Hagsfeld; Stürmer: Kuhle, Karlsruhe, Dolbe und Bornmüller, Kasper, Stier, Luc, und Martin, Pforzheim; Sport stellt Luc; weiße Hosen, Stutzen und Stiefel mitbringen.

Sonntag, 7. August, nachm. 6 1/2 Uhr, spielt folgende Bezirksmannschaft: Tor: Kapele, Luc; Verteidiger: Ebert, Pforzheim, Kunzmann, Stein; Käufer: Stein, Grödingen, Reuber, Luc, und Zerzer, Pforzheim; Stürmer: Reins, Pforzheim, Gormann und Wagner, Karlsruhe, Bauer, Stein, und Reub, Hagsfeld, Trifol stellt: Stein, weiße Hosen, Stutzen und Stiefel die Spieler. Linienrichter stellt: Karlsruhe, Freie Turner.

Sämtliche Spieler treffen sich jeweils eine halbe Stunde vor Beginn der Spiele im Gasthof zum Friedrichshof. Für Spieler, die dringend verhindert sind, hat der betreffende Verein für guten Ersatz zu sorgen. Zu dem Spiel am Samstag haben um 1/2 Uhr ebenfalls im Friedrichshof sämtliche gemeldete Schiedsrichter des ganzen Bezirks unbedingt zu erscheinen.

Montag, 8. August, nachmittags 4 1/2 Uhr, spielt: Luc I: Ralotia Frankenthal. Dierzu Kuppender Weierheim als Schiedsrichter. Auf pünktliches Erscheinen wird nochmals dringend hingewiesen.

In der Spielleiterkonferenz am 10. Juli in Durlach wurde beschlossen, daß jeder Verein der an den Serienspielen teilnimmt 100 M. Kaution zu stellen hat. Dieser Betrag ist bis zum 15. August an Sportgen. Jakob Wicker, Weierheim, Maria Alexanderstraße, einzulösen. Spätere Einwendungen können bei den Serienspielen nicht mehr berücksichtigt werden. Termin für Mannschafts- und Kreisfest ist der 7. August. Auch dieser Termin ist strikte eingehalten.

Am Sonntag, 21. August, vormittags 8 Uhr, findet in Durlach im „Bann“ die letzte Spielleiterkonferenz vor den Serienspielen statt. Nicht vertretene Vereine können unter keinen Umständen an den Serienspielen teilnehmen. Sämtliche Spielleiter haben die gut leserlich ausgefüllten Spielerpässe für sämtliche gemeldeten Spieler zur Abtunpung mitzubringen. Spätere Stempelung findet nicht statt.

Treu-deutsche Sportkultur

Man sage nicht mehr, daß die bürgerliche Sportbewegung keine Kulturbewegung sei. Im Elbflorenz, im schönen Dresden, hat man den bisher Ungläubigen mit einem schlagenden Beweis gebietet. In Dresden werden jetzt von bürgerlichen Sportlern die Damenbeine vom „Sportklub des bürgerlichen Vereins“ betrachtet. Folgendes Preisauschreiben wurde vor einigen Tagen in einem hiesigen Mittagsblatt glosiert:

Sportliga Dresden. Unsere nächste Veranstaltung im Lindesbach Bad findet am kommenden Mittwoch statt. Abermals 1000 Mark für die schönsten Damenbeine! Hochverehrte Mitglieder, Freunde und Gönner! Es war von jeher unser oberstes Gebot, jeder unserer Veranstaltungen einen ästhetischen Genuß abzurufen. Wir hoffen, dem allgemeinen Verlangen adernmal gerecht geworden zu sein, indem wir eine II. Konkurrenz für die schönsten Damenbeine feigen lassen. Ohne Zucht sollen diesmal unter Mitwirkung aller Volkstheater derjenigen vier Damen im öffentlichen Wettbewerb, mit Hilfe von Startnummern, durch Preise von 400, 300, 200 und 100 M. prämiert werden, die im sportlichsteigenden Gesichtswinkel betrachtet als schönste in Frage kommen. Die gesamte Veranstaltung kann nur im Rahmen einer geschlossenen Gesellschaft stattfinden. Abstimmungsarten sind zum Preise von 2 M. bei unseren Mitgliedern zu entnehmen. Es wäre der Schönheit des Abends förderlich, wenn Gesellschaftsleiter bevorzugt würde. Unserer Einladung einen treu-deutschen Sportspruch einverleibend, zeichnet „Das Präsidium“.

Die treu-deutschen Unternehmer dieser Schaustellung und die „Damen“, die sich zu solchem „Sport“ ergeben, sind einander würdig. Die Arbeiterpartei halten ihr Haus von solchem Unfug rein.

Düsseldorf. Reichstagsabgeordneter Erelens ist verhaftet worden. Die Post des Herrn Erelens ist vier Wochen überwachet worden. Die Verhaftung stellte sich als ein Akt der französischen Besatzungsbehörde heraus. Er wurde gestern morgen von drei Geheimpolizisten in seiner Wohnung verhaftet, nachdem vorher alle Ausgänge besetzt worden waren. Auch auf der Elektrischen, mit der er zum General gebracht wurde, waren die Ausgänge versperrt. Der französische General wollte den Abgeordneten wegen eines von ihm verfaßten Artikels im „Berliner Tageblatt“ vernehmen. Der Abgeordnete erklärte, daß man zwecks Einholung einer Auskunft ihn doch nicht verhaften brauche. Hierauf sagte der General, daß er auch nicht verhaftet werden sei. Bei der Gegenüberstellung mit den drei Geheimpolizisten stellte sich dann heraus, daß diese ihre Amtsbefugnis überschritten haben. Er wurde sofort auf freien Fuß gesetzt.

Rekte Nachrichten

Die Not in Südrugland

11. Berlin, 1. August. Aus Rußland gehen dem Berliner „Totalanzeiger“ folgende Nachrichten zu: Die in den letzten Tagen aus Südrugland eingetroffenen Nachrichten ergaben, es sei nicht ein Feld, das nicht den jenseitigen Strahlen zum Opfer gefallen wäre. Auf allen Stationen sieht man Abgemagerte und Schwermüde, die beim Einlaufen jedes Zuges die Hände entgegen strecken und rufen: Heißt uns, wir sterben vor Hunger. Cholera, Typhus und Ruhr rafften das Volk in Scharen dahin. 6 Millionen sind auf der Wanderung; auch Arbeiter und Kosaken sind dabei. Die Sowjet hat die Bahnkarre erhöht. Eine Reise von Moskau nach Petersburg kostet 400 000 Rubel; von Kiew nach Petersburg 600 000 Rubel. Die über diese Maßnahme wütende Menge bedroht die Stationen. Ueberfälle sind an der Tagesordnung. Vieles werden die Personenzüge von Panzertzügen begleitet. In der deutschen Kolonie des Wolgagebietes sterben täglich über 60 Menschen.

Beratungen im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft wegen der Dürre

Berlin, 30. Juli. Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft fanden gestern Beratungen über die Maßnahmen zur Bekämpfung der infolge der Dürre entstandenen Futtermittelnot ab. Der Vorsitzende betonte einleitend, daß nach den aus verschiedenen Reichsgenden vorliegenden Nachrichten von einer Gefährdung der Ernte im allgemeinen nicht gesprochen werden

Haarwaschen mindestens alle 14 Tage ist notwendig, wenn man sein Haar bis ins Alter hinein gesund erhalten will. Man muss aber unter den vielen Schampans das Gute und Richtige herausfinden. Nicht umsonst verlangen die meisten immer wieder „Herzlichen-Schampo“, denn dieses seit 1903 millionenfach bewährte Mittel schäumt vorzüglich und macht das Haar schön, rein, voll und feinduftend. Herzlichen-Schampo enthält allein den echten Panamater, welcher den Haarboden desinfiziert und das Wachsen der Haare fördert. Das Päckchen kostet nur Mk. 1.—, und wenn Sie es einmal probieren, sehen Sie gleich, wie vortrefflich es ist. Aber lassen Sie sich nichts anderes geben wie Herzlichen-Schampo mit dieser Schutzmarke.



Kleine Nachrichten

Bermut. Hier trat die Internationale Kommission zusammen, deren Schaffung auf dem letzten Weltpostkongress in Madrid beschlossen worden ist. Sie hat die Aufgabe, Vorschläge zur Verbesserung und Vereinfachung des Verkehrs der Weltpostunion ausgearbeitet. Acht Staaten sind in der Kommission vertreten. Vorsitzender ist der Direktor des Weltpostbüros, Camille Decoppet, der frühere Bundesrat.

Aus dem Elsaß. Laut „Marq. Nachr.“ wütet ein furchtbarer Waldbrand in den Jepsen. Das Feuer begann auf dem Berggründen des Molkenrain und setzte sich nach dem Hartmannsdorferkopf zu fort. In dem Brandgebiete finden unterbrochen heftige Explosionen von Granaten statt. Sehr stark wurde die Gegend von Wailweiler betroffen. Personen sind bisher bei der Katastrophe nicht zu Schaden gekommen.

Belfort. Eine 73jährige Frau bewohnte ein einfaches Häuschen von Bellescoite. Vor einigen Tagen kamen drei Individuen in ihre Wohnung und verlangten Geld von ihr. Als sie keines geben wollte, wurde sie gefesselt und von dem einen der Schenkele vergewaltigt. Dann wurde sie durch eine Luke in den Keller geworfen, wo sie einige Tage gefangen gehalten wurde. Als sie wieder zu sich kam, eilte sie nur mit einem Hemde bekleidet, zum Bürgermeister, wo sie Anzeige erstattete.

Forstheim, 31. Juli. Selbstmord. Am Donnerstag nachmittags verübte der 32 Jahre alte Goldarbeiter Gustav Oberer aus unbekannter Ursache in seiner Wohnung durch einen Schuß in die Schläfe Selbstmord.

Aus dem bad. Oberland. Gutes Honigjahr. Die Ausflüßer für ein ergebnisses Honigjahr sind diesmal ganz vorzügliche. Die Wälder haben Honigtaue angelegt, den die Bienen mit Vorliebe ihrer Tracht zuführen. Jedemfalls darf gesagt werden, daß der Honigertrag ein weitaus besserer als im vorigen Jahre sein wird, das für die Winter als ein „wolliges“ Honigjahr zu bezeichnen war. (Am Preis ändert natürlich das „gute“ Honigjahr nichts! Die Winter müssen sich doch für das „schlechte“ letzte Jahr scholden halten! Gründe zum Preiswucher haben die Erzeuger stets zur Hand. Die Red.)

Bom Bodensee. In Unteruhingen am See wurde mit 500 000 M. Gründungskapital die „Cellfabrik Bodensee“ gegründet. Laut „Kote vom Calental“ will die neue Fabrik die bisher als wertlos von den Fischern wieder ins Wasser geworfenen Eingeweide der Fische nach einem besonderen Verfahren entzünden und die Rückstände zu Fischzusatzstoffen trocknen. Das wertvolle Nebenprodukt soll besseren Geschmack als Lebertran haben und als Kinderernährungsmittel dienen. Außerdem wird ein technisches Öl gewonnen und Fett zur Seifenfabrikation. — Der See forderte schon wieder ein Opfer. Wahrscheinlich infolge eines Hitzschlages verstarb der 33jährige Tagelöhner Kraus aus Eisingen während eines Bades.

Konstanz, 30. Juli. Seestern ereignete sich bei einem Gewittersturm auf dem Untersee zwischen Allensbach und Reichenau ein schweres Bootsunglück. Eine an das Motorboot angehängte Gondel, die mit Fremden, insgesamt 14 Personen besetzt war, füllte sich mit Wasser und sank. Die Frau des Bootsführers Bium von Reichenau konnte mit knapper Not gerettet werden, dagegen ist ein 63jähriges Mädchen des Bootsführers ertrunken. Auch ein Fremder, ein Lehrer aus Berlin, wird vermisst. Man spricht auch noch von einem Freulein, das bei dem Unglücksfall untergegangen sei. Da die Insassen einander nicht kannten, sind die Feststellungen erschwerter. Der Untersee hat bekanntlich schon viele Opfer gefordert und ist bei Sturm außerordentlich gefährlich.

Die Landesfeuerwehrunterstützungskasse

Nach dem jeben ausgegebenen Geschäftsbericht für das Jahr 1920 hatte die Landesfeuerwehrunterstützungskasse in diesem Jahre u. a. folgende Aufwendungen: 1. Unterstützungen an bedürftige Feuerwehrmänner und Mitglieder von Löschmannschaften, sowie an Hinterbliebenen von solchen Personen in 115 Fällen 62 620,52 M., darunter 64 wiederkehrende Unterstützungen im Jahresbetrag von 45 026,92 M., 2. Beihilfen an Feuerwehren und Gemeinden zur Anschaffung von Löschgeräten und Ausrüstungsgegenständen in 52 Fällen 221 175,70 M. Für die Beschaffung der Feuerlöscheinrichtungen durch die in den Bezirken bestellten Feuerlöschinspektoren und für die Kapazitätserweiterung der Feuerwehren und Löschmannschaften wurden aufgewendet 35 804,12 M. Zur Verrichtung dieser Aufwendungen stand er Kasse neben den Zinsen aus dem Grundbesitzvermögen mit rund 38 900 M. aus den von der Gebäudeversicherungsanstalt und von den im Lande zum Geschäftsbetrieb zugelassenen Feuerberufungsunternehmungen für gemeinnützige Zwecke zu leistenden Beiträgen den ihr vom Ministerium des Innern zugewiesene Betrag von 300 000 M. zur Verfügung. — Das Vermögen hat sich im Jahre 1920 um 805 927,07 M. vermehrt und beträgt z. Bz. 1 092 225,83 M.

Die Passchwierigkeiten an der badisch-schweizerischen Grenze. 6. Konstanz, 27. Juli. Bei der Generalversammlung der Schweizerischen Dampfschiffahrtsgesellschaft wurde seitens der

hätte, daß aber in vielen Gegenden des Reiches die Haushälter- und Futterpflanzen unter der Dürre außerordentlich gelitten haben. Aus dem Ergebnis der Beratungen ist folgendes hervorgegangen: Es wird besonders Gewicht darauf gelegt, daß jene Anbauverhältnisse, die ganz besonders unter der Dürre zu leiden haben, bei der Belieferung mit Futtermitteln vorzugsweise berücksichtigt werden. Die Vertreter der Landesregierungen, die Vertreter der Landwirtschaft gaben einstimmig dem Wunsch Ausdruck, daß die im Juli zugestandene Ausfuhr von Getreide für ausländische Staaten im Hinblick auf die in den letzten Wochen eingetretene starke Not baldmöglichst gesperrt werde, zum mindesten müsse diese Regelung einer sofortigen Maßregel unterzogen werden. Ferner soll es den Viehhältern ermöglicht werden, sich Futter- und Streuvorräte aus den öffentlichen und privaten Wäldungen wie in den Kriegsjahren zu holen.

Crispian bei der Jaures-Feier

Paris, 1. Aug. Die Sozialisten und Gewerkschaften von Paris haben gestern im Trocadore den Todestag von Jaures begangen und dabei hat zum ersten Mal seit dem Kriege ein Deutscher vor dem französischen Publikum das Wort ergriffen. Crispian, der Vorsitzende der U.S.P., war als Mitglied der Arbeiterinternationale zu dieser Feier eingeladen worden. Crispian sprach deutsch. Bei den ersten Worten gab es starken Beifall und ein Teil der Versammlung stimmte die Internationale an. Ein Mann, der mit diesem beifallsfreundigen Verhalten nicht einverstanden war, begann zu freisprechen; er wurde aber sofort auf die Straße geschafft. Crispian konnte seine Ausführungen ungehindert vordringen. Da er deutsch sprach, verstanden seine Zuhörer nur die Worte: Proletariat, Kapitalismus und Sozialismus, wobei sie nicht verstanden, bei jedem dieser Worte in Beifall auszubrechen. Nachher wurde die Rede aus französischer Übersetzung und er erntete erneut Beifall. Crispian bemühte sich, die Oppositionspolitik der U.S.P. während des Krieges in den Vordergrund zu stellen und er sollte dem Beifall nach Wiederherstellung der zerstörten Gebiete in Nord-

frankreich Anerkennung. Somit verließ die Versammlung ohne Zwischenfall. Die Polizei hatte sich darauf beschränkt, Crispian Mahnung zu erteilen.

Umstellung der Friedrichshafener Luftschiffwerft

11. Friedrichshafen, 30. Juli. Der Flugzeugbau Friedrichshafen hat bekanntlich nach dem Kriege den Bau von landwirtschaftlichen Maschinen aufgenommen. Nun hat er sich assoziiert mit Schweizer Kapital und die Firma Maschinen- und Schiffbau-Gesellschaft m. b. H. mit dem Sitz in Wangen aufgenommen. Der Flugzeugbau bringt in die neue Gesellschaft seine Grundstücke und Gelände zum Uebernahmewert von einer Million und Materialien zum Uebernahmewert von 716 000 M ein, welche Beträge auf die Stammeinlagen berechnet werden. Das Stammkapital der neuen Firma beträgt 2 Millionen Mark. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung und der Verkauf von Maschinen und Booten, sowie aller einschlägigen Artikel, Beteiligung bei gleichartigen und verwandten Unternehmungen und Geschäften, sowie die Uebernahme und Fortführung derartiger Betriebe.

Der französische Gewerkschaftskongress gegen Moskau

Paris, 30. Juli. In der Sonnabend-Sitzung des Gewerkschaftskongresses in Lille wurde der Antrag der Mehrheit, bei der Amsterdamer Internationale zu bleiben, angenommen. Am 1. August, 1. Aug. Der französische Gewerkschaftskongress in Lille hat sich in seiner Schlussitzung mit schwacher Mehrheit für die Beibehaltung der bisherigen Richtung ausgesprochen. Die Anträge der Kommunisten und Revolutionäre, die die Gewerkschaft der Kommunistischen Partei dienstbar machen wollten, sind mit 1572 gegen 1327 Stimmen abgelehnt worden. Joubert bleibt trotz dieser geringen Mehrheit der erklärte Arbeiterführer.

Briefkasten der Redaktion

A. P. Auf Grund des § 907 des bürgerl. Gesetzbuches könnte eine Klage auf Entfernung des Diensthundes voraussetzlich mit Erfolg geführt werden. Dafür sprechen die Rechtslehrer Aufhäuser im „Recht“ Jahrgang 1904, Seite 309 und Friedrich im „Recht“, in der „Deutschen Juristenzeitung“, Jahrgang 1904, Seite 688. Anderer Meinung ist dagegen Strauß, „Deutsche Juristenzeitung“ Jahrgang 1908, Seite 307. Die Frage ist somit von den Juristen selbst umstritten, kann aber wohl auf Grund der besonders gelagerten Verhältnisse, insbesondere wenn Sie den Nachweis der Gefährdung führen können, zu Ihrem Gunsten entschieden werden.

A. Rehl. Nach den gesetzlichen Bestimmungen hat das Amtsgericht das Recht und somit die Pflicht bei Ausstellung eines Zeugnisbuches die Strafe zu benennen. Die Strafe kann jedoch auf Antrag beim Amtsgericht gelöscht werden und wird dem auch erlassen, wenn der Verurteilte sich seither einwandfrei geführt hat. Das Gesuch um Löschung der Strafe ist an das zuständige Amtsgericht, zu dem der Wohnort des Betroffenen zählt, zu richten.

Schriftleitung: Georg Schöpslin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Uebersicht und Besondere Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Kiefer; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Preis 4 Pfennig. Vereinsanzeiger. Preis 5 Pfennig. Besondere Anzeigen finden unter dieser Rubrik keine Aufnahme. Anzeigenschein (Gesamtbereich „Freiheit“). Dienstag 8 Uhr Spezialprobe für Tendere im Lokal. Freitag Gesamtprobe. 5888

Deutscher Holzarbeiterverband

Verwaltungsstelle Karlsruhe. Am Donnerstag, den 1. August, abends halb fünf Uhr, gleich nach Geschäftsabschluss, findet im „Colosseum“, Saal 3, eine Vertrauensmänner-Versammlung statt. In dieser Versammlung sind die Betriebsräte und die Delegierten sowie die Vertrauensleute eingeladen. Tagesordnung: Bericht von der am 31. Juli in Karlsruhe stattgefundenen Konferenz der Bad. Verwaltungsstelle. Keine Versäumnisse darf fehlen. Die Ortsverwaltung.

Wir stellen von Montag, den 1. bis Samstag, den 6. August sämtliche angesammelten

Reste

zum Verkauf.

Die Preise sind für diese Veranstaltung bedeutend verbilligt

Tietz

Die Verhütung von Waldbränden betreffend. Wir bringen die nachstehende bezirkspolizeiliche Vorschrift vom 5. Juli 1920, obigen Betreffs in Erinnerung. Das Tabakrauchen in den jungen Waldschlägen, deren Boden mit dürrer Gras, Moos oder Laub bedeckt ist, ist außerhalb der Landtrassen und Gemeindegrenze vom 1. März bis 1. Oktober jeden Jahres verboten. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafen bis zu 60 Mk. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft. Karlsruhe, den 25. Juli 1921. D.-J. 112 Bezirksamt.

STADTGARTEN
Dienstag, den 2. August 1921, abends 8-11 Uhr
„Richard-Wagner“-Abend
(Musikverein Harmonie)
Eintritt: 1.20 Mk. (Jahreskarten), 2.20 Mk. (Sonstige), Kinder je die Hälfte. Kartenvorverkauf Verkehrsverein und Schalterkassen des Stadtgartens. 1746

Die weltberühmten auf der größten Freilichtbühne der Welt, 200 Meter breit, 100 Meter tief, unter Leitung u. Mitwirkung der berühmten bairischen Schiller- und Indarbauerler, Gebr. K. & J. Schiller, unter Jugendleitung des alten Oberammergauer Artztes.
Passionsspiele
Freiburg i. Br.
Spielstage vom 16. Juli ab jeden Mittwoch, Samstag und Sonntag, sowie an Feiertagen bis Ende September. Anfang 1 1/2 Uhr, Ende 7 Uhr. 1500 Mitwirkende. Ehre, Orchester, Orgel. 9000 Plätze. 5142
Pros. kostenlos durch H. Götthardt, Freiburg i. B., Kaiserstr. 132, Betanul 870. Schulen und Vereine erhalten Preisermäßigung.

Soeben erscheint:
Die Einkommensteuer vom Arbeitslohn
(Lohngesetz)
Autorität bearb. von Wilh. Kell
40 Seiten / Mk. 2.50.
Volksbuchhandlung Karlsruhe
Adlerstraße 16. — Telefon 3701.

Pfannkuch & Co.
Bei der heutigen **Milchnot** empfehlen wir:
Schweizer Alpen-Milch-Mehl
Galactina-Kindermehl
besteht aus:
ca. 23% Weizenmehl
ca. 64% Vollmilch
ca. 40% Weizen- oder Reisgrisch u. Kartoffelmehl
1/2-Pfund-Paket Mk. 2.—
Rakao-Süßspeise
bestehend aus:
ca. 10% Rakao-pulver
ca. 45% Vollmilch
ca. 16% Zucker
500 Gramm, brutto Mk. 9.50
Milk-Süßspeise
mit Mandel- und Baiser-Geschmack
bestehend aus:
ca. 30% Zucker
ca. 30% Trockenmagermilch
ca. 15% Zucker
600 Gramm, brutto Mk. 5.—
Galactina-Kinder-Frühstück
besteht aus:
ca. 17% Hafermehl
ca. 22% Rakao
ca. 20% Trockenmagermilch
ca. 40% Zucker
ca. 30% Kartoffelmehl sowie Weizen- oder Reisgrisch
1/2-Pfund-Paket Mk. 2.50

Schokoladen = Torte
gutes Frühstücksgetränk
1/2 Pfund - Paket Mk. 2.50
Kondens. Vollmilch
mit und ohne Zucker
Dose Mk. 7.—
Trocken-Vollmilch
100 gr-Paket Mk. 3.20
Pfannkuch & Co.
G. m. b. H.

Freie Turner-Schaft (E.V.) Karlsruhe.
Heute abend 8 Uhr
Monatsversammlung
Die Abteilungsleiter werden ersucht, ihre Nachbestellung anzugeben, wie viele Mitglieder zum Kreisturnfest noch benötigt werden. Der Turnrat.
Freibant
(Stadt. Fleischverantl.)
Dienstag vorm. 9-11 Uhr
Rt. 1951-2150.
Wem zu empfehlen ist Zucker's Patent-Medizinal-Salbe gegen unehrl. Gesch. Mittel.

Von der Reise zurück
Dr. med. Otto Bloos
Friedenstr. 8. Tel. 2868.

Die Sprechstunde fällt von Samstag, den 6. August bis einschliesslich Sonntag, den 21. August aus. 5890
Karl Teschke
Karlsruhe, Karl-Wilhelmstrasse 86.
Haltstelle der Elektrischen, Parkstrasse Linie 4 und 6.
Kombiniert rationelles Heilverfahren, Homöopathie, Magnetopathie, Naturheilverfahren. Spezialbehandlung alter chronischer langjähriger Leiden.

Echte extra-stärke **Walthorius Hienfong-Essenz**
(Destillat) 12 FL 25 Mk., 30 FL 60 Mk. franko. In Apoth., Drogerien, sonst dir. v. Laborat. E. Walthorius, Halle a. S., Trotha

Pisnel
Krankheiten, Vulkeln um Spiegel, west Dr. W. Dazu Lacksch-creme (nicht fettend) u. fettlos. In allen Apoth., Drogerien, Parfümerie u. Feilwaregeschäften erhältlich.

Wanzil
gegen Wanzen
Nichts anderes nehmen!
In Apotheken u. Drogerien

Kragen-wäscherei Schorpp
wäscht und bügelt in altbekannter Ausführung.
Annahmestellen in allen Stadtteilen.

Dritsch-Anzüge
und **feldgraue Hosen**
in allen Größen offeriert billig! 5093
Weintrau's
W- u. Verkaufsgeschäft
Kronenstr. 52, Tel. 3747.

Kleider, Schuhe
Wäsche, Möbel, kaufen Sie am billigsten im W- u. Verkaufsgeschäft **Glötzer**, Jägerstr. 53 a, Teleph. 3488.

Durlacher Anzeigen.
Milchversorgung.
Bis auf Weiteres sind wir gezwungen, die Milch für die Versorgungsberechtigten infolge Weniger- und des großen Anfalls an Sauermilch zu kürzen. Es wolle hierwegen den Händlern keine Schwierigkeiten gemacht werden.
Durlach, den 30. Juli 1921.
Kommunalverband Durlach-Stadt.

Kleinvverkaufspreise für Obst und Gemüse für die Zeit vom 2. August bis 8. August 1921.

Endivienalat	Stück 65-80 Wfg.
Gelberäben ohne Kraut	Wfd. bis 110 Wfg.
Karotten mit Kraut	Stück 20-30 Wfg.
Kohlrabi (Freiland)	Stück 20-30 Wfg.
Kohlrabi	Wfd. 40 Wfg.
Wangold	Stück 20-40 Wfg.
Radischchen	Stück 5-15 Wfg.
Nettich	Stück 180 Wfg.
Einmachgurken	Wfd. 190 Wfg.
Salatgurken (Freiland)	Wfd. 240 Wfg.
Wuchbohnen	Wfd. 70 Wfg.
Stangenbohnen	Wfd. 40-60 Wfg.
Kraut	Wfd. 60-80 Wfg.
Spinat	Wfd. 80-100 Wfg.
Wirsing	Wfd. 50 Wfg.
Wirsing	Wfd. 70 Wfg.
Kartoffeln (neue)	Wfd. 80-100 Wfg.

Das Verühren des Obstes von feilen der Käufer ist verboten.
Vorhandene Preise wurden im Benehmen mit der Preisprüfungskommission Karlsruhe festgelegt. Ihre Ueberprüfung wird als übermäßige Preissteigerung angesehen und verweigert.
Durlach, den 1. August 1921.
Städt. Preisprüfungsammt 1745

No. Die Re...
Preis... durch die...
Die Re...
Paris, 30. Juli...
am 8. August...
Präsident...
und Bononi...
finden im f...
Das Pr...
Paris, 30. Juli...
des „Tempo...
auf der En...
die Liste der...
Der Korresp...
Leipziger Bl...
fung der S...
Quarantäne...
und schließl...
Eine e...
Berli...
werden die...
Zeit von ein...
trage der en...
Bevölkerung...
scheinend die...
bei der Entf...
beiden Krei...
Kohlen...
Paris, 30. Juli...
schen Regier...
mission und...
gere Berhan...
transporten...
gen führten...
Zeit Kohlen...
gehen können...
Besseru...
Berli...
eisenbahnen...
Lehr bieder...
Anforderung...
worden. Da...
bisher um 9...
Teil zurück...
Westen durch...
in Oberschle...
des Güterver...
der eine Bef...
von 1423 W...
Die...
He...
B.Z. 2...
Dahlen zum...
des, der grü...
163 Delegier...
Prote...
B.Z. 2...
demokratischer...
zentration...
der Allgemei...
gestellten...
die unal...
die vereinigt...
Danzig, zu e...
den 24-tägig...
Beamtent auf...